Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 5. Februar 1930
12. Jahrgang. Nummer 30

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme 12 Uhr, bei der Haupt-Expedition 8 Uhr, in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 560 29. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 136; Görlitz: Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellsch. mbH., Bresl. — Druck: „Beuhas", Fil. Breslau, Trebnitz. Str. 50

Unter der Trustdiktatur

Rationalisierung — Riesenprofite

Trotz Betriebseinschränkung und Massenentlassungen: Steigerung der Produktion und Riesengewinne bei der Vereinigten Stahlwerke AG. / Organisiert den Kampf gegen Trustherrschaft und sozialfaschistische Diktatur

Vor einigen Tagen gaben die Vereinigten Stahlwerke A.-G. ihren Geschäftsbericht des Jahres 1928/29 heraus. Eindeutig bewiesen die Zahlen des Berichtes, daß die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft den Unternehmern riesige Gewinne einbringen.

Immer wieder kommt in dem Bericht zum Ausdruck: Stillegung, Verringerung der Belegschaftsziffern, und zu gleicher Zeit eine gewaltige Produktionssteigerung. Während mit Stoppuhr und anderen Rationalisierungsmethoden durch das Antreibersystem die Mehrleistungen ungeheuer gesteigert werden und die Profite der Unternehmer wachsen, sind die Löhne der deutschen Arbeiter durchschnittlich allein in der Zeit vom Juli bis Dezember 1929 um 13,6 % gesunken.

48 Millionen Mark Dividende ist das Ergebnis der verstärkten Ausbeutung durch eine intensivere Arbeitsanspannung des einzelnen Arbeiters. Allein 526 000 Mark erhalten die Aufsichtsratsmitglieder als Sitzungsgelder zugesprochen. Die Bilanz der Vereinigten Stahlwerke ist eine besondere Erscheinung. Auch die übrigen Trustgewaltigen der anderen Industriezweige schlucken durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter Riesengewinne.

*

Von den 48 Förderanlagen, die die Gesellschaft bei der Gründung in Betrieb hatte, sind nur noch 32 übriggeblieben. Wörtlich heißt es, anschließend an diese Tatsache, im Bericht: „Dieser Verminderung der Produktionsstätten um ein Drittel steht eine Steigerung der durchschnittlichen Tagesförderung unserer sämtlichen Zechen von 77 300 T. im ersten Geschäftsjahr auf 93 300 T. während der zweiten Hälfte des Berichtsjahres, d. h. etwa 31 Prozent gegenüber."

Die arbeitstägliche Förderleistung der Zechen überstieg im Jahre 1929 erstmalig 90 000 Tonnen und erreichte im Laufe des Jahres mehrmals an einzelnen Tagen über 100 000 Tonnen. Auf diese Weise steigerte sich entsprechend die durchschnittliche arbeitstägliche Förderung der Gesamtzechenanlagen um fast 3000 Tonnen (3,4 Proz.) auf 89 759 Tonnen. Der Monat August erreichte die Rekordziffer von 2 547 190 Tonnen. Der Anteil der Gesamtförderung der Vereinigten Stahlwerke an der des Ruhrgebiets stieg um 0,13 Proz. auf 22,83 Proz.

Durch die Betriebszusammenfassungen, die eine starke Reduzierung der Belegschaften zur Folge hatten, wurden u. a. bei Germania I und II, Zollverein I/II mit Zollverein VI/I eine tägliche Produktionssteigerung bei den einzelnen Zechen erzielt, die mit rund 3000 Tonnen um etwa 600 Tonnen über dem Durchschnitt sämtlicher Ruhrzechen liegt. Gegenüber dem Vorjahre wurde pro Schicht eine Mehrleistung von 92 Kilogramm durch jeden Arbeiter, das sind 7,5 Prozent, erzielt. Die zusammengefaßte Brikettherzeugung auf den verschiedenen Zechen wurde um 182 542 Tonnen bzw. 28 650 Tonnen gesteigert. Die Koksproduktion liegt um 212 456 Tonnen höher als im vorigen Jahre. Der Anteil der Vereinigten Stahlwerke an der Kokserzeugung des gesamten Ruhrgebiets beträgt jetzt 30,10 Proz., also fast ein Drittel. Auch die durchschnittliche Tageserzeugung war mit 26 376 Tonnen um 652 Tonnen höher als im Vorjahre, trotz des Produktionsausfalles während des Arbeitskampfes in der Ruhrindustrie. 717 Oefen der Kokereianlagen gingen innerhalb eines Jahres ein. 573 neue Oefen wurden in Betrieb genommen, so daß gegenüber dem Vorjahre eine tatsächliche Einstellung von 13 Oefen erfolgte.

Der Bericht der Stahlwerke AG. zeigt, worauf die Massenentlassungen und Stillegungen zurückzuführen sind. Das Geschwätz über die Notlage der Industrie wird durch diesen Bericht Lügen gestraft. Die Arbeiterschaft muß sich diese Tatsachen merken und hat um so mehr Berechtigung, den

Kampf um den Siebenstundentag

bei vollem Lohnausgleich aufzunehmen. Diesen Kampf müssen die Betriebsarbeiter gemeinsam mit den Erwerbslosen durchführen. Die beste Vorbereitung ist die Wahl von revolutionären Vertrauensleuten in allen Abteilungen, in allen Betrieben. Zur Mobilisierung der Belegschaften müssen auch die Neuwahlen zu den Betriebsräten dienen.

Die Arbeiterschaft Schlesiens wird auf dem Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition die notwendigen Maßnahmen zum Kampf gegen das profitsüchtige Unternehmertum und den Hunger- und Terrorkurs der Young-Regierung beschließen.

900 Millionen Steuer- und Zoll-Erhöhungen!

Arbeitslosenunterstützung wird bereits abgebaut!

Nach Mitteilungen der Berliner bürgerlichen Presse plant die Koalitionsregierung, für 900 Millionen Mark neue Steuer- und Zollerhöhungen.

Neben der Erhöhung der Umsatzsteuer, der Bier- und Tabaksteuer soll der Zoll auf Kaffee und Tee erhöht werden. Außerdem soll die Arbeitslosenunterstützung weiter abgebaut werden. Der Reichsarbeitsminister Wissell hat jetzt den ausgesteuerten arbeitslosen Bauarbeitern die Gewährung der Krisenfürsorge verweigert.

Seine Ergänzung findet dieses Aushungerungssystem der Koalitionsregierung darin, daß laut offizieller Mitteilung des Reichsfinanzministers 600 Millionen Mark fälliger Besitzsteuern gestundet worden sind.

Gegen dieses System gilt es, mit Einsatz aller Kräfte zu kämpfen.

Sieg der Opposition bei den Gothaer Holzarbeitern

In der Filiale Gotha des Holzarbeiterverbandes fand die Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Die bisher in der Ortsverwaltung ausschlaggebenden rechten Renegaten hatten zusammen mit der SPD. den letzten Mann aufgeboten, damit sie nicht wie bei den bisherigen Ortsverwaltungswahlen eine Niederlage einstecken mußten. Trotzdem haben ihnen diese Vorbereitungen nichts genutzt. Die gesamte neue Ortsverwaltung setzt sich aus Anhängern der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammen.

Geheime Pressekonferenz bei Grzesinski

So wurde die organisierte Pressehetze gegen KPD. und Sowjetunion vorbereitet! — Redakteursitzung bei Ullstein und Mosse

Wir haben bereits mehrfach den Charakter der offensichtlich von einer zentralen Stelle aus organisierten bürgerlich-faschistischen Pressehetze gegen KPD. und Sowjetunion gekennzeichnet. Wenn die gesamte Bourgeoispresse vom „Vorwärts" bis zur preußischen „Kreuz-Zeitung", von Stampfer bis Hugenberg, ein und dieselbe Melodie, der Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands anstimmt, so ist es klar, daß ein gemeinsamer Kapellmeister dieses Konzert dirigiert. Nunmehr sind wir in der Lage, genauere Angaben über diese zentrale Organisierung der Kommunistenhetze zu machen.

Wir stellen fest, daß am Freitag, dem 24. Januar, im preußischen Innenministerium eine Journalistenkonferenz stattgefunden hat, zu der man nur ausgesiebte und streng geprüfte „vertrauenswürdige" Leute der Presse eingeladen hatte.

In dieser Sitzung wurde der ganze Feldzugsplan für die Vergiftung der öffentlichen Meinung mit Hilfe der sozialfaschistisch-bürgerlichen Meinungsfabriken festgelegt. In dieser Sitzung — das stellen wir weiter fest — wurde u. a. der Plan besprochen, der Kampagne vor allem auch eine Spitze gegen die Sowjetunion zu geben, z. B. durch die Verleumdung, die Dreop-Stellen, d. h. die Verkaufsstellen für das sowjetrussische Oel, seien Agenturen zur Vorbereitung kommunistischer Aufstände. Im Anschluß an die geheime Pressekonferenz im preußischen Polizeiministerium fanden allgemeine Redakteursitzungen im Hause Ullstein und bei Mosse statt. Hierbei kam es, wie wir erfahren, zu lebhaften Auseinandersetzungen und Zusammenstößen selbst zwischen den bürgerlichen Redakteuren.

Die schmutzigen Achtgroschenjungenmethoden des „Tempo" erschienen sogar den bürgerlichen Journalisten und der Redaktion der „Vossischen Zeitung" als so abstoßend, daß sie Ausdrücke wie „Kanalpresse" dagegen gebrauchten. Selbstverständlich wurde jedoch die Linie, die das preußische sozialfaschistische Polizeiministerium den bürgerlichen Meinungsfabriken vorgeschrieben hatte, von den leitenden Instanzen der Zeitungskonzerne ihren Redakteuren zur Richtschnur gemacht. Und ebenso selbstverständlich fügten sich die Soldschreiber des Geldsacks dieser Anweisung. Das Ergebnis war die ebenso verlogene wie hysterische Hetzkampagne der letzten Tage.

Unsere Mitteilungen müssen auf die Arbeiterschaft alarmierend wirken. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Kampagne zur **Durchbrechung der reaktionären Anschläge auf das Proletariat und seine Partei** ist der Kampf gegen die Stätten der gewerbsmäßigen Giftmischerei, die bürgerlich-sozialfaschistischen Zeitungen, eine besonders wichtige Aufgabe.

Heraus mit den Polizeiorganen aus allen Arbeiterwohnungen!
Schart euch als Leser und Abonnenten um die „Arbeiter-Zeitung", das Sprachrohr der Kommunistischen Partei!

Die Striegauer Steinarbeiter solidarisch mit den Ausgeschlossenen in Strehlen

Striegau, 5. Februar. In einer gutbesuchten, von der revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufenen Versammlung der Striegauer Arbeiterschaft, wurde nach den Referaten des Genossen Brodde-Breslau und Regwer-Strehlen eine scharfe Protest-Resolution gegen die Ausschlüsse von oppositionellen Kollegen in Strehlen aus dem Steinarbeiterverband einstimmig angenommen. Als Antwort auf die Maßnahmen der Verbandsbürokratie wurde ein Delegierter, Mitglied der SPD., für den Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition am kommenden Sonntag in Breslau einstimmig gewählt.

Roter Sieg bei Betriebsrätewahlen

Die Betriebsrätewahlen in der Jutespinnerei in Bremen brachten den Sozialfaschisten eine vernichtende Niederlage. Die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition erhielt 774 Stimmen, wogegen die Sozialfaschisten nur 214 Stimmen erhielten. 34 Stimmen waren ungültig.

Dieses Resultat ist die Frucht des konsequenten Kampfes der Opposition in der Jutefabrik gegen Unternehmerterror und sozialfaschistischen Verrat und ein Beweis dafür, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung unter Führung der Gewerkschaftsopposition vorwärtsschreitet. In der Jutespinnerei wurde vor nicht allzu langer Zeit ein Streik geführt, der durch den Verrat der Sozialfaschisten erfolglos abgebrochen werden mußte. Das Resultat bei den Betriebsrätewahlen zeigt, daß die Belegschaft, die zum großen Teil aus Arbeiterinnen besteht, erkannt hat, daß es gilt, durch die Wahl roter Betriebsräte die Voraussetzungen für eine revolutionäre Führung der Kämpfe zu schaffen und die Kampfsabotage der Sozialfaschisten zu brechen.

Görlitzer Notstandsarbeiter entsenden Delegierten

Görlitz, 5. Februar. In einer gut besuchten Versammlung der Flugplatzarbeiter, welche wegen des eingetretenen Frostes nicht arbeiten, nahmen die Kollegen Stellung zum Bezirkskongreß der Gewerkschaftsopposition und beschlossen, einen Delegierten zu entsenden.

Die Bourgeoisie militarisiert die Frauen

„Heute militarisiert die imperialistische Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie vielleicht auch schon zur Militarisierung der Frauen schreiten. Wir können hier nur sagen: um so besser! Desto schneller geht es vorwärts! Und je schneller es vorwärts geht, desto näher sind wir dem bewaffneten Aufstande gegen den Kapitalismus."

Lenin in den Aufsätzen 1914 bis 1916 aus „Gegen den Strom".

In der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus schreitet die Militarisierung der Frauen im beschleunigten Tempo vorwärts. Wiederholt haben die Militärsachverständigen der amerikanischen und englischen Kriegsschule betont, daß ein neuer Krieg nur Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn am ersten Tage des Krieges die ganze Nation eingesetzt werden kann. Selbstverständlich ist es, daß die Bourgeoisie heute schon in allen Ländern bestrebt ist, die kriegswichtigen Betriebe so zu organisieren, daß sie in wenigen Stunden von der Friedensproduktion auf die Kriegsproduktion übergehen kann. Da in allen diesen Industrien ein großer Prozentsatz Frauen beschäftigt wird, ist es klar, daß sich der Kapitalismus die Frauen als zuverlässige Hilfstruppe zu erhalten wünscht. Er läßt sie daher besonders durch seine Werkfürsorgerinnen, Werksportvereine, Charitasverbände und andere bürgerlichen Frauenvereine bearbeiten.

Inzwischen sind aber maßgebende kapitalistische Länder auch dazu übergegangen, im Wege der Gesetzgebung die Frauen zum Heeresdienst heranzuziehen. An erster Stelle steht Frankreich. Seine Frauen wurden durch das „Bancour-Gesetz" militarisiert. Bezeichnend ist, daß der Reichswehrminister Groener bei der Etatberatung erklärte, daß dieses ausgezeichnete System der Landesverteidigung auch auf Deutschland übertragen werden müßte. Diese Bemerkung hat bei dem deutschen Proletariat viel zu wenig Beachtung gefunden. Sie läßt ohne weiteres den Schluß zu, daß im Falle des Krieges der sich ja selbstverständlich nur gegen die Sowjetunion richtet, das weibliche Proletariat sofort militarisiert wird.

In Amerika, im Lande des Kriegsächtungsschwindels, trägt man sich mit dem gleichen Gedanken. Es zeigt dies die Praxis der amerikanischen Einbürgerungsbehörden. Es werden seit einigen Monaten eine Reihe von Fragen an den weiblichen Kandidaten, der das Bürgerrecht erwerben will, gestellt, darunter die, ob die neue Staatsbürgerin bereit ist, mit der Waffe in der Hand das amerikanische Vaterland zu verteidigen. In der Tschechoslowakei wurde eine Novelle zum Armeegesetz eingebracht, die gleichfalls die Militarisierung der Frauen vorsieht.

Abgesehen von den gesetzgeberischen Maßnahmen bestehen noch in allen Ländern eine Reihe privater Organisationen zur militärischen Ausbildung der Frauen. So die „Liga zur Verteidigung" in Estland, die „Organisation zur Verteidigung" in [illegible] Organisation „Lottes Swerd" in Finnland, „Die [illegible]tische Liga", die „nationale Frauenorganisation", [illegible]ation für militärische Vorbereitung der Frauen" und [illegible], die faschistische Frauenmiliz in Italien. Viele [illegible]isationen in Amerika, die Stahlhelmsfrauengruppe, [illegible]nigin-Luise-Bund, das Rote Hakenkreuz in Deutschland, [illegible] Boy-Slotts, Pfadfinder und ähnliche Gruppen in England. [illegible]nnt ist die Teilnahme von Frauen in Heimwehruniform [illegible] den Kämpfen in Wiener-Neustadt im November vorigen Jahres. Sie waren mit Stahlruten und Schußwaffen ausgerüstet.

Alle diese Vorbereitungen kann das revolutionäre Proletariat nicht achtlos vorübergehen lassen. Es muß sich darüber klar sein, daß die Bourgeoisie auf die politische Ungeschultheit der weiblichen Bevölkerung spekuliert. Sieg oder Niederlage des revolutionären Proletariats in den unausbleiblichen Kämpfen werden entscheidend beeinflußt durch die Teilnahme der Frauen.

Daher ist es auch selbstverständlich, daß in der Sowjetunion jede Arbeiterin freiwillig in die Rote Armee eintreten kann. Selbst in den höchsten Kommandeurstellen sind gegenwärtig Frauen tätig. Im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion sind die russischen Arbeiterinnen militärdienstpflichtig. Damit dokumentiert die Sowjetunion vor der Arbeiterschaft der ganzen Welt, wie notwendig die Mitarbeit der Frauen an der Verteidigung der proletarischen Interessen ist. **Die KPD. hat durch die Beschlüsse des Weddinger Parteitages gezeigt, daß sie die Heranziehung des weiblichen Proletariats als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtet.**

Leider haben die letzten Wahlresultate ergeben, daß noch eine erhebliche ideelle Rückständigkeit zu überwinden ist. Auch die revolutionären Arbeiter verstehen es noch nicht, ihre eigenen weiblichen Angehörigen von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes zu überzeugen.

Diese Aufgabe stellt sich die einzige proletarische Frauenorganisation Deutschlands, der Rote Frauen- und Mädchenbund. Er will die proletarischen Frauen ideologisch beeinflussen, sie schulen und erziehen für den Klassenkampf. Der RFMB. hat auf seinem letzten Reichskongreß die körperliche Ertüchtigung, die Wehrhaftmachung seiner Mitglieder zur Durchführung aller Klassenkämpfe des Proletariats beschlossen.

Der RFMB. bildet jedoch gegenwärtig gegenüber den Millionenzahlen der bürgerlichen, national- und sozialfaschistischen Frauenorganisationen nur eine Avantgarde. Seine Reihen müssen unbedingt verstärkt werden.

Alle Arbeiterinnen, alle proletarischen Hausfrauen gehören in den Roten Frauen- und Mädchen-Bund. Die Parole lautet:

Gegen Young-Plan rebellieren!

Mit der roten Front marschieren!

Im Roten Frauen- und Mädchenbund organisieren!

4500 Kumpels fliegen aufs Pflaster

In den oberschlesischen Steinkohlengruben beabsichtigen die Unternehmer, 4500 Bergarbeiter zu kündigen. Das sind 13,5 Prozent der Gesamtbelegschaft der oberschlesischen Steinkohlengruben. Der vor einigen Tagen stattgefundene Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat bereits zu dieser angekündigten Entlassung Stellung genommen und Kampfbeschlüsse gefaßt. Die Arbeiter in den Betrieben haben jetzt die Aufgabe, diese Beschlüsse durchzuführen.

Republik-Schandgesetz durchgepeitscht

Zweite Ausschußlesung des Kommunistengesetzes im Strafrechtsausschuß

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages behandelte am Dienstag wieder die zweite Lesung des Republikschutzgesetzes. In nur wenigen Stunden war das Gesetz durchgepeitscht und die Paragraphen 1 bis 11 angenommen.

Keine Regierungspartei ergriff mehr das Wort. Nur die Kommunisten und Deutschnationalen nahmen an der Diskussion teil. Der Redner der Deutschnationalen, Dr. Everling, kritisierte lediglich den § 6 des Republikschutzgesetzes, der sich (übrigens in abgeschwächter Form) gegen die Schimpffreiheit der Faschisten wendet. **Mit allen übrigen Paragraphen, insbesondere den Strafbestimmungen und den Verbotsbestimmungen, sind die Deutschnationalen völlig einverstanden.** Die Redner der Kommunisten, Genosse Geschke und Genosse Alexander, brandmarkten noch einmal ausführlich den Charakter des Gesetzes und wiesen an jedem einzelnen Paragraphen nach, daß es ausschließlich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtet ist.

Die Abstimmungsmaschine funktionierte wie am Schnürchen. Angenommen wurden die Strafbestimmungen für **„Teilnahme an Verabredungen, die Verbrechen wider das Leben bezwecken."** Beschlossen wurde die Spitzelpflicht und die Straffreiheit für Spitzel und die Paragraphen, die den Schutz der Minister sowie die Majestät des Bonzen garantieren sollen. Gleichfalls angenommen wurden die Paragraphen, die bestimmen, daß allein **die Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung als Hochverrat zu bestrafen ist.** Schließlich fanden die Paragraphen, die die Schimpffreiheit für Faschisten erleichtern, und

Pensionen für die Rechtsputschisten

vorsehen, dagegen aber die **Verherrlichung von revolutionären Kämpfen verbieten,** Annahme.

Beim wichtigsten Kapitel über die Verbotsbestimmungen wurden die Paragraphen über die **Polizeiaufsicht in Arbeiterversammlungen,** die Versammlungsauflösung, die Unterdrückung proletarischer Organisationen, den Diebstahl am Eigentum der proletarischen Organisationen angenommen. Auch der Paragraph, wonach bereits die Träger verbotener Abzeichen mit Gefängnisstrafen belegt werden, fand Annahme mit den Stimmen der Regierungsparteien.

Bereits am Mittwoch wird die zweite Lesung beendet sein, so daß die Durchpeitschung des Zuchthausgesetzes im Plenum des Reichstages folgen kann.

Die kurze Zeit bis zur Annahme des Kommunistengesetzes muß im Charakter des Massensturms in allen Betrieben und Stempelstellen gegen die sozialfaschistische Diktatur stehen. Die Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft muß die finsteren Pläne der Severings zuschanden schlagen.

Nazi-Sturmführer im Kultusministerium

Hakenkreuz-Frick regiert in Thüringen — „Die Haager Beschlüsse müssen durchgeführt werden" — Ministerterror gegen links

Weimar, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der nationalsozialistische thüringische Innenminister Frick leitet seine Tätigkeit mit einer Reihe unverschämt herausfordernder Akte ein. Er hat gegen einen Arnstadter Lehrer das Verfahren einleiten lassen, weil dieser das Remarquesche Buch „Im Westen nichts Neues" beim Unterricht verwendete. Gleichzeitig hob er das Verbot der faschistischen Jugendvereinigung „Adler und Falke" auf und legalisierte sie so.

In das Volksbildungsministerium, das er gleichzeitig verwaltet, hat Frick eine Anzahl seiner Parteigenossen als „Sachwalter ohne Gehalt" berufen. Eine schöne Floskel, deren wahrer Wert dann ersichtlich wird, wenn man weiß, daß alle diese Herrschaften, unter ihnen der thüringische Landesführer der nationalsozialistischen Sturmabteilungen, Dr. Zumpel, sowieso schon Beamtengehälter beziehen. Gestern hat Frick ein Plakat beschlagnahmen lassen, in dem seine putschistische Vergangenheit angeprangert wurde.

Man sieht, der Frick läßt es an Aktivität nicht fehlen. Nur eins kommt dabei zu kurz: der von den Nazis demagogisch angepriesene Kampf gegen das Kapital. Wir konstatieren, daß der nationalsozialistische Innenminister Thüringens noch nicht einmal den Versuch gemacht hat, eine Steuer für die besitzenden Schichten auch nur anzuregen. Dafür hat er sich vorgestern in Weimar, zum erstenmal als Minister, einer öffentlichen Versammlung vorgestellt und erklärt:

„An den Haager Ergebnissen können auch die Nationalsozialisten nichts ändern. Die Haager Beschlüsse müssen durchgeführt werden."

Da haben wir's! Der Hakenkreuz-Frick kriecht unter das Young-Kreuz und akzeptiert die Haager Versklavungsbeschlüsse. Seine nationalsozialistische Regierungstätigkeit unterscheidet sich im Prinzip nicht im geringsten von der des Reformismus. So wie dieser sieht auch Frick nur eine Aufgabe vor sich: die Herrschaft des Kapitals zu stabilisieren und darum die revolutionäre Arbeiterbewegung zu terrorisieren.

Grzesinski befiehlt:

Kein Kommunist Kommunalbeamter!

Aber Nationalsozialisten in allen Kommunen von der SPD. mit offenen Armen aufgenommen

Der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski, der Mann des Belagerungszustandes, hat einen neuen unerhörten Vorstoß in der Richtung auf die sozialfaschistische Diktatur über die Kommunen und die Ausschaltung der letzten Reste kommunaler Selbstbestimmung durch die Arbeiterschaft unternommen. In einem Erlaß, der an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte, herausgegangen ist, wird die Bestätigung von Kommunisten als Kommunalbeamte wegen Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Organisation grundsätzlich verweigert.

Der Erlaß fordert im besonderen die Verweigerung der Bestätigung für Bürgermeister, Kreisdeputierte, Amtsvorsteher und deren Stellvertreter sowie Gemeindevorsteher und legt laut dem Amtlichen Preußischen Pressedienst folgendes fest:

„Die Bestätigung in allen übrigen besoldeten oder unbesoldeten kommunalen Aemtern ist nur dann zu erteilen, wenn im Einzelfall der zu Bestätigende sich zu einer pflichtmäßigen Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung (!) und unabhängig von Parteiinstruktionen durch eine positive Erklärung (!) verpflichtet, und seine Persönlichkeit die Gewähr dafür bietet, daß die Verpflichtung ernstlich gemeint ist und eingehalten wird."

Um den Kommunen die Möglichkeit zu nehmen, trotz dieses Erlasses Kommunisten für kommunale Posten zu wählen, fordert Grzesinski auf, im Falle der Verweigerung den Ukas durchzuführen, mit „Rechtsmitteln" gegen die Kommunalverwaltungen vorzugehen.

Grzesinski versucht, den sozialfaschistischen Charakter dieses Erlasses dadurch ein wenig zu bemänteln, daß er auf dem Papier nicht nur den Kommunisten, sondern auch den Nationalsozialisten die Bestätigung zu versagen vorgibt. Wie aber ist die Praxis? Im ganzen Reiche wurden von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung immer nur Kommunisten als Kommunalbeamte nicht bestätigt, während die Nationalfaschisten mit offenen Armen aufgenommen werden. Man denke an Thüringen, wo Fememörder Frick in der Regierung sitzt und den gesamten Staats- und Kommunalapparat mit Nazi-Beamten auffüllt. Man denke an Mecklenburg, an Bayern, an Koburg usw. Warum sollte die SPD. auch den Nazis die Bestätigung verweigern? Sie sind doch nicht staatsfeindlich, sondern treue Schildknappen der Sozialfaschisten im Kampf gegen das Proletariat.

„Fast alle europäischen Staaten an der Antisowjetaktion beteiligt,

sagt Oberstaatsanwalt im Tscherwonzenprozeß

Im Tscherwonzenfälscherprozeß überreichte der Verteidiger Dr. Ber gestern zu Beginn seines Plädoyers für die beiden Georgier die Tagesordnung der Londoner Konferenz, die 1926 zwischen General Hoffmann und dem englischen Oelkönig Deterding geführt worden ist, und die wir an anderer Stelle unseres Blattes ausführlich behandeln. Ber stellt anheim, eine Auskunft des englischen Auswärtigen Amtes über diese Angelegenheit einzuholen. Auf die übrigen antisowjetistischen Schmähungen Bers, der natürlich Freispruch forderte, einzugehen, verlohnt sich nicht.

Sodann plädiert Dr. Becker für Böhle und Bell, deren Freisprechung er beantragt. **„Bell ist als bezahlter Agent Englands hier hinbestellt worden. Ich möchte zu dieser Frage keine Stellung nehmen."** So gesteht selbst der Verteidiger indirekt die bezahlte Spitzelarbeit des angeklagten Tscherwonzenfälschers.

Der Oberstaatsanwalt erwiderte, daß er zwar das Programm der Londoner Konferenz als wahr unterstelle, aber es habe doch nichts mit den Tscherwonzenfälschungen zu tun. Die habe Karumidze selbständig begangen.

„Wenn man die Londoner Konferenz zu diesem Prozeß heranziehen will, dann werden fast alle europäischen Staaten davon betroffen, und ich weiß nicht, was dann entstehen würde."

Heute halten die Verteidiger Sack und Menz ihr Plädoyers.

Ueber 3½ Millionen Arbeitslose hungern,

aber:

Den Pfaffen schenken sie Millionen

Dessau, 4. Februar. Auf Grund eines soeben abgeschlossenen Vertrages zwischen dem anhaltischen Staat und den evangelischen Pfaffen bezahlt der Staat der Kirche rückwirkend ab 1. April 1924

eine dauernde Rente von 300 000 Mark jährlich;

der Staat zahlt ferner vom gleichen Zeitpunkt ab die Witwenkassenbeiträge für die im Amt und Ruhestand befindlichen Geistlichen und übernimmt die Versorgung der Altwitwen und Altwaisen. Für alle Rückstände vergütet der Staat 40 000 Mark. Die Rückstände des Staates an die Kirche die 760 000 Mark betragen, werden in mehreren Raten bezahlt.

Tagung des Bundes Freier Schulgesellschaften

Erziehung zur „Staatstreue" oder zum Klassenkampf — Sozialdemokratie macht auch die weltlichen Schulen zu Instrumenten der Kulturreaktion — Kommunistische Abrechnung mit den Konkordatssozialisten

Die Vertretertagung des Bundes freier Schulgesellschaften Deutschlands, Bezirk Mitteldeutschland, tagte am vergangenen Sonnabend in Weißstein. Die Tagung war gut besucht, sowohl was Delegierte als auch Gäste anbelangt. Die Tagesordnung selbst umfaßte sieben Punkte, darunter ein Referat des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Löwenstein über: „Die soziologische Grundlage der weltlichen Schule" und ein Referat des Weißsteiner Lehrers Marx über: „Entwicklungsgeschichte der weltlichen Schulen unseres Bezirks."

Vertreter der Regierung, der Behörden, der SPD. und proletarischer Organisationen begrüßten die Tagung. Am bemerkenswertesten war die Begrüßung durch den Bezirksleiter der SPD., Lehmann-Breslau, der da anführte, daß man der SPD. manchmal vorwerfe, daß sie die Kulturpolitik nicht beachte. Aber im Gegenteil,

die SPD. verwachse immer mehr mit dem Staat und dadurch diene sie dem Sozialismus. Deshalb sei es auch manchmal möglich, daß bestimmte Dinge zurückgestellt werden müßten.

Weil aber allmählich alle Stellen von der gewaltigen SPD. besetzt werden, so würde auch bald die Anerkennung der weltlichen Schule durch den Staat erfolgen. (Feine Aussicht!)

Aus dem Referat des Schulfreundes Marx, Weißstein, entnehmen wir folgendes: Nach dem Kriege waren es zwei Lehrer, die Schulfreunde Hertwig und Marx, die als Lehrer den Religionsunterricht und das Schulgebet ablehnten. Das Schwerste war um diese Schulfreunde zu befürchten. Am 1. April 1921 wurde die weltliche Schule Weißstein als erste Schule mit über 470 Kindern eröffnet. In kurzer Zeit wuchsen aus der Umgebung neue weltliche Schulen, so daß bereits 1923 zehn weltliche Schulen mit 4170 Kindern zu verzeichnen waren. Die weltlichen Schulen sind seitdem weiter gewachsen; die Zahl der Schulen betrug Ende 1929 zwanzig, die Zahl der Kinder vermehrte sich auf 7298. Allein im letzten Jahre wuchs die Kinderzahl an den weltlichen Schulen des Bezirks um 927.

Als zweites Referat folgte das des SPD.-Reichstagsabgeordneten Dr. Löwenstein-Berlin. Zum Referat im allgemeinen muß gesagt werden, daß es das Produkt eines echten Kathedersozialisten ist. Er nimmt Bestandteile der marxistischen Weltanschauung und deichselt diese für die SPD. zurecht. Wer aber Marx mit den bürgerlichen Philosophen vermengt, ist ein Pseudomarxist. Entweder kann ich nur Marxist sein und Marx' Lehre als die Weltanschauung des Proletariats auslegen und danach handeln, oder aber man macht es wie Löwenstein, man braut einen eigenen „Marxismus", um alle Schandtaten damit rechtfertigen zu können.

In der Diskussion zeigte sich, daß die Bezirksleiter den großen Redner Löwenstein noch vor den Angriffen der wenigen Kommunisten in Schutz nehmen mußte. Man wollte zuerst die Redezeit auf fünf Minuten beschränken. Schließlich billigte man großzügig zehn Minuten Redezeit zu. Löwenstein hatte mindestens eineinhalb Stunden referiert. Es sprach der Genosse Honisch, Weißstein, der darauf hinwies, daß der Bezirksvorstand die Kommunistische Partei ausgeschaltet hat bei dieser Tagung. Er wies ferner auf die Tatsachen hin, die es verhindert haben, daß die weltliche Schule nicht größer sei. Er zeigte hier einige Mängel des eigenen Ortes auf. Er tritt ferner für stärkere politische Schulung der Kinder ein und betont deren Notwendigkeit. Genosse Reichel, Langenbielau, nimmt lediglich zum Referat Löwensteins Stellung. Genosse R. weist darauf hin, daß bereits vor der Weimarer Verfassung Richtlinien für die Kulturpolitik des Proletariats vorhanden waren; denn diese Richtlinien gibt uns der Marxismus. Aber man mußte dieses elende Kompromiß von Weimar schaffen, damit die Weimarer Verfassung überhaupt zustande kam. Es galt damals zu verhindern, daß die deutschen Arbeiter etwa einen proletarischen Rätestaat, ein Sowjetdeutschland, errichteten. Das ist der Grund, warum in Weimar auch in der Schulfrage nichts unternommen wurde. Genosse R. spricht als Leiter des Jung-Spartakus in Langenbielau, und weist darauf hin, daß die stärkste politische Aufklärung und Mobilisierung der Kinder eine Notwendigkeit ist. Es ist die größte Aufgabe der Arbeiterklasse, ihre Kinder zur Solidarität zu erziehen. Das Kind merkt das alles, nimmt Anteil am Leben der Eltern, will auch Aufschluß geben. Die Arbeiterkinder in den weltlichen Schulen wissen sehr gut, daß es ihnen so schlecht geht, sie so wenig zu essen bekommen, weil die Väter einen schlechten, elenden Lohn haben. Wenn die Väter ihren Lohn verbessern können, wird sich das auf die Kinder auswirken, darum helfen die jungen Pioniere, die aufgeklärten Arbeiterkinder, den Vätern und Brüdern Handzettel verteilen, leisten mit Kleinarbeit. Sie lernen und gehen bereits gewappnet in das Leben. Die SPD. will verhindern, daß im Kinde der Haß gegen die kapitalistische Gesellschaft geweckt wird, weil sich auch der Haß der Kinder gegen die sozialdemokratischen Führer richten muß.

Genosse R. verteidigte die politische Arbeit der Arbeiterkinder und verteidigte vor allen Dingen den Schulstreik. Er verteidigte die Arbeiterkinder, die anläßlich der Ermordung eines Arbeiterjungen in Worms in den Proteststreik getreten sind. Diese Kinder werden Revolutionäre, die eine neue Welt aufbauen.

Genosse Müller, Langenbielau, zeigt den politischen Zusammenhang zwischen dem Staat und der Schule. Beginnend vom

an die Konferenzteilnehmer des Einheitsverbandes

Kompromiß von Weimar über die verschiedenen Koalitionen und ihre Taten, zeigt er, wie die Arbeiterklasse in allen Fragen zurückgedrängt wurde, genau wie in der Schulfrage. „Keinen scharfen Kampf" soll die Organisation führen, sagten die Sozialdemokraten, obwohl die weltliche Schule gedacht war als eine Schule des Klassenkampfes. Die Kinder sollen zu „anständigen" kapitalistischen Staatsbürgern erzogen werden. Heute legt man so viel Wert auf Grimme. Wird Grimme anders sein wie die anderen? Nein. Er wird die kapitalistische Politik fortzusetzen haben, die seine Vorgänger anfingen. Nichts wird sich ändern. Solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, solange wird der Kampf um die Schule toben. Die Anerkennung durch den kapitalistischen Staat bedeutet wissen, daß die Sozialdemokratie das tun wird, sie fühlt sich eins mit dem kapitalistischen Staat und schützt ihn vor den Fäusten der Arbeiterklasse.

Nun hatte man die Kommunisten zu je zehn Minuten gehört. Jetzt mußte Dr. Löwenstein, der große Kathedersozialist, nochmals über dreiviertel Stunden sprechen, um auch nur einigermaßen vor seinen Anhängern die eingeschlagene Politik zu verteidigen. Er philosophierte und erklärte . . . und erklärte immer wieder. Genosse Reichel rief ihm Marx' Wort zu: Es kommt nicht darauf an, die Welt zu erklären, sondern sie zu ändern! Was schlägt er vor zur Aenderung? Sehr wenig, herzlich wenig. Um so mehr schärft er dem Bezirksvorstand den Kampf gegen die Kommunisten ein.

Löwenstein spricht: Wer Parolen ausgibt (soll heißen die Kommunisten) schädigt die Bewegung, wer den geringsten Baustein legt (lies: SPD.), der fördert die weltliche Schule; darum muß gehandelt werden gegen die, die Parolen aufstellen. Das sollte die erste Andeutung sein, daß man künftig keine Leute gebrauchen kann, die Kritik üben, sondern Leute haben will, die nur schlucken, was ihnen geboten wird. Also ran an die Rampe. Der neue Bezirksvorstand soll beginnen und die Kommunisten hinauswerfen.

(Geschäftsbericht, Anträge und Vorstandswahl bringen wir in nächster Ausgabe.)

Schlesischer Bezirkskongreß

der revolut. Gewerkschaftsopposition

Eröffnung:

Sonnabend, um 17,30 Uhr, in Breslau, im Lokal „Zum Lessing", Adalbertstraße 10.

Die Delegiertenkarten

werden auf dem Kongreß ausgehändigt. Jeder Delegierte bringt eine Bescheinigung des Betriebsrates, des Erwerbslosenausschusses usw. über seine Wahl mit.

Die Gastkarten

werden ebenfalls auf dem Kongreß ausgehändigt. Die Gäste müssen sich jedoch schon jetzt anmelden.

Der Unkostenbeitrag

beträgt für Delegierte 1,50 Mark, für die Gäste 40 Pfg. (Betriebsarbeiter) und 20 Pfg. (Erwerbslose).

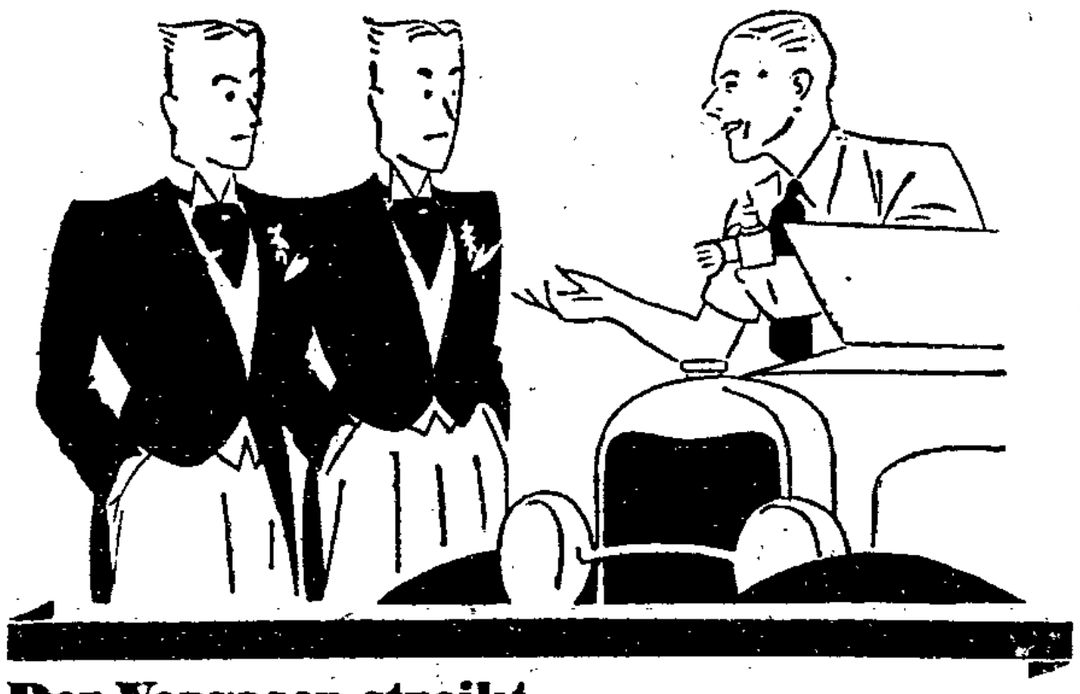
Arbeitersport

Fußballspiele am 9. Februar

14,30:	Hundsfeld I — Oels I, Hundsfeld, Ritter M.
14,30:	Falke I — Freie Sportfreunde I, Mariahöfchen, Grunert.
14,30:	1921 I — VfB. I, Bebelpark, Schaffer.
14,30:	FSV. I — 1928 I, Bebelpark, Eichner.
14,30:	West I — Hertha I, Eichenpark, Winkler R.
14,00:	Merzdorf I — Oswitz II, Merzdorf, stellt Brieg.
14,30:	Koberwitz I — Freiheit I, Koberwitz, Kühndel.
13,30:	Trebnitz I — Adler I, Trebnitz, Hoffmann R.
14,30:	Ohlau I — Union I, Ohlau, Nieder.
14,30:	Südost I — VfR., Klettendorf, Wormitz.
14,30:	Union I — Rapid I, Deutsch-Lissa, Salostowitz.
10,00:	JdA. I — Stern III, Stadion, Tondock.
13,00:	Hundsfeld II — Oels II, Hundesfeld, Slobinski.
13,00:	Falke II — Freie Sportfreunde II, Mariahöfchen, Auras.
13,00:	1921 II — VfB. II, Bebelpark, Großert.
13,00:	FSV. II — 1928 II, Bebelpark, Springer.
13,00:	West II — Hertha II, Eichenpark, Praus.
13,00:	Koberwitz II — Freiheit II, Koberwitz, Kühndel.
10,00:	West III — Hertha III, Eichenpark, Punke.
13,00:	Union III — Südost III, Deutsch-Lissa, Marschall.
14,00:	1928 III — Union IV, Goldschmieden, Sauer W.
14,30:	Silesia-Kickers III — Fr. Sportfreunde III, Stadion, Wende.
9,00:	Stern III — Wacker III, Gräbschen, Stock.
13,00:	Südost IV — Schweidnitz II, Klettendorf, George.
10,00:	Silesia-Kickers IV — Fr. Sportfreunde IV, Stadion, Bandke

Jugend- und Schülermannschaften

13,00:	Ohlau I — Union I, Ohlau, Nieder.
10,30:	Falke I — Stern I, Mariahöfchen, Jahn
10,00:	VfR. I — West I, Herrmannsdorf, Kottwitz.
10,00:	1928 I — Wratislawia I, Goldschmieden, Paul R.
10,00:	FSV. I — Silesia-Kickers I, Bebelpark, Malek.
9,00:	Union I — Südost I, Deutsch-Lissa, Scharf P.
9,45:	Falke I — Stern I, Mariahöfchen, Verein (Schülermannschaft)
11,00:	1921 I — VfB. I, Bebelpark, Zedel E.
9,00:	Falke II — Stern II, Mariahöfchen, Verein (Schülermannsch.)
10,00:	1921 II — VfB. II, Bebelpark, Zyrnik.
10,30:	Stern II — Wacker I, Gräbschen, Jünschke.
11,00:	1928 II — West II, Goldschmieden, Paul R.
10,00:	Freiheit Sch. — 1928 Sch., Brückenau, Verein.
9,30:	VfL. I Sch. — Wacker Sch., Gandau, Verein.
12,30:	VfR. Sch. — West Sch., Herrmannsdorf, Verein.



Der Vergaser streikt, wenn ihm das Gemisch nicht paßt.

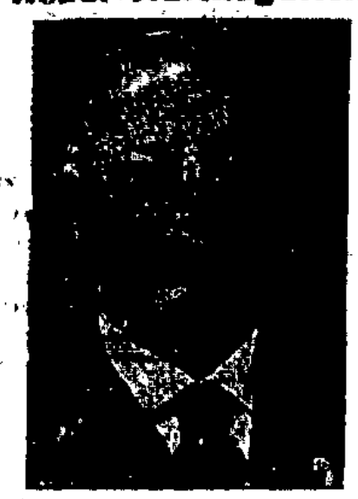
So geht es Ihnen auch, wenn Sie eine Cigarette rauchen, die ein liebloses Gemisch enthält. Da müssen eben die Richtigen am Werk sein, die etwas vom Fach verstehen. „Eckstein-Halpaus", sie lieben ihren Tabak und wählen Blatt für Blatt nach Duft und Reiz. — hier ULMENRIED — dort RARITÄT, bis der Geschmack vollkommen und das Gesicht des Rauchers fröhlich ist. — Nun sind die neuen Mischungen da, trefflich gelungen — besser als je!

ULMENRIED 5 Pfg.

RARITÄT 4 Pfg.

Rund um den Erdball

Neuer Reichsgerichtspräsident in USA.



Taft

Hughes

Der Oberste Richter Amerikas, der Vorsitzende des Höchsten Gerichtshofes in Washington, William H. Taft, dessen Amt ungefähr der Stellung unseres Reichsgerichtspräsidenten entspricht, hat dem Präsidenten Hoover sein Rücktrittsgesuch eingereicht, weil ihm „schlechte Gesundheit" die Ausübung seines Amtes unmöglich mache. Präsident Taft war früher Präsident der Vereinigten Staaten. Zu seinem Nachfolger ist der frühere langjährigen Außenstaatssekretär und derzeitige Richter am Haager Schiedsgerichtshof Ch. Evans Hughes ernannt worden.

An der Praxis der amerikanischen Klassenjustiz wird dieser Wechsel absolut nichts ändern. Die Gerichte, die Sacco und Vanzetti, trotz erwiesener Unschuld, nach jahrelanger Marter auf den elektrischen Stuhl brachten, die Tausende und aber Tausende proletarischer Klassenkämpfer verurteilten, weil sie streikten — die Gerichte, die in weiten Landstrichen Amerikas den Eingeborenen das letzte Recht genommen haben —, diese Gerichtsbarkeit im Interesse der Dollarmilliardäre wird sich auch unter Herrn Hughes nicht ändern.

Zuchthausrevolte in Amerika

Im Zuchthause zu Canoncity (Colorado) machten 13 Sträflinge bei Gelegenheit eines Feuers, das im Zellenhause ausbrach und anscheinend angelegt war, einen Fluchtversuch. Ein Wächter, der sich die Feindschaft der Sträflinge zugezogen haben soll, weil er bei der Unterdrückung des Aufruhrs am 3. Oktober mitgewirkt hatte, erhielt zahlreiche Messerstiche, als er den Fluchtversuch vereiteln wollte. Er wurde so schwer verletzt, daß mit seinem Ableben gerechnet wird. Die Staatspolizei wurde für alle Fälle (!) herbeigezogen und besetzte die Wälle des Zuchthauses.

Schwere Benzolvergiftung in einer Gummifabrik

In der Gummifabrik Hörnes in Wiener Neustadt erkrankten vor einiger Zeit zahlreiche Arbeiterinnen infolge Benzolvergiftung. Bereits drei Frauen sind gestorben. Bei zwölf Arbeiterinnen, die zuerst mit leichten Vergiftungserscheinungen in häuslicher Pflege waren, hat sich der Zustand so verschlimmert, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten, und es besteht, wie die Blätter melden, die Befürchtung, daß sich die Zahl der Todesopfer vergrößert.

Chauffeur überfährt eine Familie

Auf der Chaussee von Stockum nach Hemmerde in Westfalen fuhr der Kraftwagenführer Brüning in angetrunkenem Zustand in die auf dem Heimweg befindliche Familie des Maurers Wiemann aus Hemmerde hinein. Der Vater und seine achtjährige Tochter wurden überfahren und 20 Meter weit mitgeschleift. Das Mädchen starb auf der Stelle, der Vater erlag seinen schweren Verletzungen bei seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der rücksichtslose Kraftfahrer suchte das Weite, ohne sich um seine Opfer zu kümmern. Er konnte aber später festgenommen werden.

Eine Brauerei niedergebrannt

In der Nacht zum Dienstag brach in der Bayerischen Löwenbrauerei Stockbauer AG. in Passau-Innstadt ein Brand aus, der sich sehr rasch auf die Binderei, die Pichlerei und die Tischlerei ausdehnte. Der ganze große Gebäudekomplex wurde ein Raub der Flammen. Bis gegen ½12 Uhr war die Lage sehr kritisch, weil in einem Nebenraum in einem Tank mehrere tausend Kilo Benzin lagerten. Das Feuer dauerte noch in den Morgenstunden an. Die Ursache des Brandes ist noch nicht geklärt.

Polizei gegen ungarische Operettendiva

Dekolletiertes Abendkleid gefährdet die Sittlichkeit

Die Affäre der Operettendiva Irene Palasthy mit einem Polizeibeamten, der sie wegen eines stark dekolletierten Abendkleides nach der Uraufführung in einem Budapester Theater zur Ausweisleistung aufforderte, wird auch das ungarische Parlament beschäftigen. Ein Abgeordneter hat eine Anfrage an den Innenminister angemeldet, in der er das Vorgehen des Beamten rügt und den Minister ersucht, Verfügungen zu treffen, damit sich solche Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen.

Was die Bourgeoisie doch für Sorgen hat! Die einen wissen nicht, was sie anziehen sollen, und die anderen wissen nicht, ob hinsehen dürfen, oder ob es nicht besser sei, öffentlich und vor allem Volk solche Halbausgezogenheiten zu verbieten, wo man sich doch „unter sich" ohnehin gerade im Horthy-Land so gut amüsieren kann, wie man nur will — — wenn man das Geld dazu hat.

Gekaufte Mordgeständnisse

Der Kulmbacher Justizskandal von der Familie des Kommerzienrats Meusdorffer bestätigt

Die Angelegenheit mit dem erkauften Geständnis der vermeintlichen oder wirklichen Mörder der Frau des Kommerzienrates Meußdörffer in Kulmbach wird immer mystischer. Wir haben bereits gestern an dieser Stelle berichtet, daß die Polizei einem kriminellen Untersuchungsgefangenen, der zunächst mit dieser Mordtat gar nicht in Verbindung stand, 5000 Mark an seine Familie auszahlen ließ, unter der Bedingung, daß er wichtige Angaben zur Ergreifung des Mörders machen könne. Die inzwischen erfolgten Veröffentlichungen zeigen aber, daß der Fall noch viel ungeheuerlicher ist, daß es sich um einen noch viel größeren Skandal der Polizei und der Justiz handelt, als man zunächst annehmen konnte.

Das Nürnberger „8-Uhr-Abendblatt" bringt folgenden Brief zum Abdruck, den der Bruder des unter Mordverdacht verhafteten Kommerzienrates an einen der beiden jetzt „geständigen" Mörder gerichtet hat:

„Ich bestätige der Frau Babette Schuberth in Kulmbach, daß ich verspreche, **6000 Mark** auszuzahlen, und zwar 1000 M. sofort, sobald ihr Mann Fritz Schuberth über seine Täterschaft in der Nacht vom 4. auf 5. November 1929 bezüglich des Mordes an Frau Margarete Meußdörfer ein Geständnis abgelegt hat. Die restlichen **5000 Mark** werden ausbezahlt, sobald die Täterschaft des Fritz Schuberth durch Urteil des Gerichts festgestellt ist. Die Auszahlung erfolgt durch die Bayerische Vereinsbank, Filiale Kulmbach, welche einen unwiderruflichen Auftrag erhalten hat, wofür eine Bestätigung beiliegt.

Kulmbach, 29. Januar 1930.

(gez.) Wilhelm Meußdörffer."

Ist es schon ungeheuerlich, daß die Polizei einem Gefangenen für seine Familie 5000 M. anbietet, wenn er Angaben in einer Mordsache macht, so zeigt dieser Brief, daß es sich keineswegs nur darum gehandelt hat, durch eine derartige „Belohnung" wichtige Zeugenaussagen zu bekommen, sondern daß dieses mit polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Genehmigung erfolgte Geldangebot von vornherein ausdrücklich zur Bedingung hatte, daß der betreffende Untersuchungsgefangene 1000 Mark zugesagt bekam, wenn er ein Geständnis über seine eigene (!) Täterschaft ablege und daß ihm weitere 5000 Mark zugesagt wurden, wenn diese Täterschaft durch Gerichtsurteil festgestellt worden sei.

Damit wird nicht nur eine Zeugenaussage erkauft, sondern damit wird ein Mensch durch Geldversprechungen dazu bestochen, nicht nur vor Gericht einen Mord auf sich zu nehmen, sondern sogar dafür zu sorgen, daß er wegen dieses wirklichen oder angeblichen Mordes auch tatsächlich verurteilt wird.

★

Rücksichtslos, skrupellos, brutal und mit einer zynischen Offenheit wird hier die Notlage einer Proletarierfamilie dazu ausgenutzt, um einen Proleten ins Zuchthaus oder an den Galgen zu bringen, weil man einen Kommerzienrat aus dem Zuchthaus heraus oder vom Galgen herunter haben will.

Viele ekelhafte Blüten treibt der verfaulende Kapitalismus. Selten zeigt sich seine Fratze so offen und brutal wie hier, wo einem Proleten angeboten wird, um seine Familie vor dem Verhungern zu retten, sich selbst ins Zuchthaus oder gar auf das Schafott zu bringen.

★

Der bürgerliche Staat legt soviel Wert auf die „Erhaltung der Familie"!

Ein Kommerzienrat trifft seine Frau — oder er gibt das wenigstens an — gefesselt und ausgezogen und stöhnend und um Hilfe flehend im Bett vor. Er bejauft sich und läßt am nächsten Tage durch einen Arzt den inzwischen erfolgten Tod seiner Frau feststellen.

Ein hungernder Prolet, der wegen irgendwelcher Eigentumsdelikte ins Gefängnis gekommen ist, der seiner Frau und seinen Kindern auf diese für Arbeiter verbotene Weise Brot beschaffen wollte, nimmt einen Mord auf sich, damit seine Frau und seine Kinder auf einige Zeit etwas zu essen haben.

★

Kulmbach, ein Skandal der Justiz, der Polizei und anderer Behörden.

Kulmbach, auch ein Beispiel dafür, wie zwei Angehörige verschiedener Klassen für der vom Staat und den Pfaffen geschützten Familie wirklich zu sorgen bereit sind.

Beschleunigtes Ledergerbverfahren

Die Grubengerbung dauerte früher 8 bis 12 Monate. Bei der neuerdings eingeführten sogenannten „gemischten Gerbung" mußten die Häute zwei bis drei Monate in den Gruben verbleiben und außerdem einer Vor- und Nachgerbung unterworfen werden. Bisher lieferte jedoch die gemischte Gerbung keine hervorragenden Ledersorten. Nach dem neuesten Schnellgerbverfahren, das dem Duisburger Ernst Luckhaus (Franz. Pat. Nr. 554 457) patentiert wurde, werden nach einer Gerbdauer von nur 8 bis 12 Tagen Leder vorzüglichster Qualität, die sich z. B. zur Treibriemenherstellung eignen, gewonnen. Als Gerbmittel kann man mehr als bisher synthetische Gerbstoffe gegenüber den pflanzlichen Gerbmitteln verwenden. In der Luckhaus-Anlage werden die Häute abwechselnd der Wirkung von Vakuum und Ueberdruck ausgesetzt. Hierdurch wird die Beschleunigung der Gerbung erreicht, da die Gerbflüssigkeit regelmäßig und schnell die ganze Haut durchdringt. Eine Anlage von 100 Häuten pro Tag benötigt etwa 250 Kubikmeter Grundfläche, also etwa ein Drittel des Platzes wie bei der Mischgerbung für eine gleiche Leistung. Die Ersparnis an Anlagekapital soll 50 Prozent und mehr betragen. Das Verfahren muß noch in der Praxis erprobt werden, doch ist bereits klar, daß den bisherigen Gerbereibetrieben einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen bevorstehen.

Erdrutsch bei Gibraltar

Infolge andauernder Regenfälle ereignete sich in der Gegend von Gibraltar ein Erdrutsch, durch den die Eisenbahnverbindung zwischen Gibraltar und der Außenwelt abgeschnitten ist. Der Zugverkehr dürfte erst in zehn Tagen wieder aufgenommen werden können.

Pockenseuche in Bombay

Einer Meldung aus Bombay zufolge nimmt die Pockenseuche im dortigen Bezirk in starkem Umfang zu. Während vorletzte Woche 2640 Erkrankte mit 662 Todesfällen zu verzeichnen waren, stiegen die Erkrankungen im Laufe der letzten Woche auf 3654 mit 716 Todesfällen. Die Pockenepidemie nimmt auch in London seit November langsam zu. Während damals 200 Fälle behandelt wurden, steht die Zahl im Januar auf 539.

„Abrüstung"!

Ein neuer britischer Flugboottyp

Vor Ende dieses Jahres wird Großbritannien eine überwältigende Ueberlegenheit auf dem Gebiete der militärischen Flugboote besitzen. Es sind gegenwärtig Maschinen im Bau, die die von ausländischen Ingenieuren geschaffenen Typen weit übertreffen. Sie werden annähernd 3700 Kilometer ohne Zwischenlandung fliegen können, d. h. doppelt so weit, wie die bisherigen Typen.

Haremsfrauen verlangen sechs Milliarden Fürstenabfindung

In Frankreich hat sich eine eigene Gesellschaft gebildet, die seit Jahren damit beschäftigt ist, aus der Türkei und einigen ihrer Nachfolgestaaten bzw. aus solchen Staaten, die nach dem Kriege von der Türkei Gebiete bekommen haben, sechs Milliarden (!) für die Hinterbleibenen des ehemaligen türkischen Sultans Abdul Hamid herauszupressen. Die bürgerliche Presse weiß zu melden, daß diese Summe „nicht zu hoch erscheine", wenn man bedenke, daß ein großer Teil von Mazedonien, fast die halbe Provinz Saloniki, die Oelfelder von Mossul und die durch ihre Zinklager bekannte Insel Thasos „Eigentum" des Sultans waren!

Das Pariser Büro, das bereits einige Millionen „freibekommen" hat, und das einem Dutzend von Rechtsanwälten Beruf, „Arbeit" und reichlichen Verdienst gibt, behauptet, daß auch die Länder, die von der Türkei einige dieser Gebiete in Besitz nahmen, nach dem Vertrag von Lausanne verpflichtet seien, dieses „Privateigentum" zu erstatten.

Abdul Hamid hinterließ neun Witwen und dreizehn Kinder, und diese versuchen jetzt alle, diese Riesensummen aus Türkei, Griechenland und anderen Staaten zuerkannt zu bekommen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie, wenn auch nicht alle 6 Milliarden, so doch ganz ungeheure Beträge ergattern werden. Der älteste Sultanssohn, der „Prinz" Abdul Kadir, der nebenstehend abgebildet ist, ist zur Zeit gezwungen, seinen Lebensunterhalt als Jazzmusiker zu „fristen", selbstverständlich nur „in den ersten Hotels der Welt". Und selbstverständlich, daß dieser Prinz lieber nicht verdienen möchte, sondern von den Milliarden zehren will, die die Dynastie seiner Vorfahren aus den türkischen Bauern herausgepreßt hat.

Die bürgerliche Presse, die über diese Dinge mit einer gewissen Ironie berichtet, sagt ihren Lesern natürlich nicht, daß es eigentlich gar kein Unterschied ist, ob die Türkei den Haremsfrauen eines verstorbenen Sultans Milliarden schenkt, oder ob in Deutschland die Kaiser, Könige und Großherzöge und ihre Maitressen Millionen bekommen, die die deutschen Proleten aufbringen müssen.

Breslau

Die ungeheure Not zwingt zu Verbrechen

Gestern nachmittag erschien in einer Polizeiwache der Invalide Alexander K., der wohnungslos ist, und verlangte, eingesperrt zu werden. Da keinerlei Grund vorlag, wurde er an das Obdachlosenasyl verwiesen. Da K. anscheinend dort schlechte Erfahrungen gemacht, oder dort schon seine Zeit um hatte, schlug er gegen 20 Uhr in einem Grundstück auf der Eichbornstraße zwei Fensterscheiben ein, um seine Festnahme zu erzwingen. Jetzt wurde er eingesperrt. Deutschland, Deutschland über alles . . .

Proleten wohnen in Löchern

Traurige Wohnungsverhältnisse teilt uns ein Arbeiter mit, die trotz all seiner Bemühungen bei den zuständigen Stellen noch keine Abhilfe gefunden haben. In dem Grundstück Kupferschmiedestraße 32 bewohnt seit Jahren eine Familie, bestehend aus vier Personen (die Frau ist in anderen Umständen) einen Raum in der Größe von 2,40 mal 4,50 Meter. Die Wände sind zum größten Teil mit Schimmel bedeckt, und aus diesem Grunde höchst gesundheitsschädigend. Nach der Besichtigung des Raumes durch einen Beamten des Wohnungsamtes sowie der Gesundheitsbehörde wurde festgestellt, daß diese Wohnung den hygienischen Anforderungen nicht entspricht. Der Wohnungsinhaber wurde von beiden Instanzen vertröstet, daß hier bald Abhilfe geschaffen würde. Diese Besichtigungen fanden bereits im Juni v. J. statt, ohne daß der Mieter bis heute wieder etwas von der Angelegenheit gehört hätte. Es wäre höchste Zeit, daß diesen Zuständen bald ein Ende gemacht würde, und der Betreffende eine andere Wohnung erhält, da besonders die Kinder an ihrer Gesundheit Schaden leiden.

Schult euch, Genosse und Genossin!

Besucht die Kurse der „Marxistischen Arbeiterschule". Heute, Mittwoch, 20 Uhr, spricht Studienrat Ausländer-Berlin im Rahmen seines Kurses „Historischer Materialismus und Religion" über die Entstehung der Religionen. — Morgen, Donnerstag, beendet Dr. Duncker-Berlin seinen Kursus „Grundfragen des Marxismus" mit einer Darlegung des politischen Marxismus.

In beiden Kursusabenden werden abgeschlossene Gebiete behandelt, so daß auch diejenigen, die sich an den vorhergehenden Abenden nicht beteiligten, teilnehmen können. Lokale: Mittwoch 20 Uhr Reimann, Neue Antonienstraße, Ecke Stadtgraben; Donnerstag 20 Uhr Artikusgarten, Neue Gasse 25. Hörergebühr 30 Pfennig, für Erwerbslose (gegen Ausweis) und Jugendliche 20 Pfennig. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Warum immer wieder anonym?

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß wir nicht in der Lage sind, anonyme Zuschriften zu veröffentlichen. Trotzdem sind auch in letzter Zeit eine ganze Anzahl Schreiben ohne oder unvollständiger Adressenangabe bei uns eingelaufen. Warum diese „Vorsicht". Es ist noch nie der Fall gewesen, daß die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" den Namen eines Einsenders ohne dessen ausdrückliches Einverständnis genannt hat, selbst dann nicht, wenn vor Gericht eine Verurteilung dadurch hätte vermieden werden können. Also kann jeder ohne weiteres uns seine volle Adresse — die wir brauchen, um eventuell Nachforschungen anstellen zu können — nennen. Er geht damit keinerlei Risiko ein.

Ein Ereignis für Breslau

Auf der Durchreise von Wien nach Paris spricht der russische Regisseur Viktor Turin am Sonntagvormittag über „Filmkunst in Sowjetrußland". Der Vortrag findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Teile aus den russischen Standardwerken „Potemkin", „Mutter" und „Turksib" werden mit verstärktem Orchester vorgeführt.

Der Vorverkauf zur Filmmatinee „Filmkunst in Sowjetrußland" findet schon am Donnerstag und Freitag an der Kinokasse statt. Die Mitglieder des Bundeskreises der Gewerkschaftshaus-Lichtspiele und der Volksbühne zahlen bei Vorzeigung ihrer Ausweise 70 Pfg., alle anderen 1,20 Mark.

Stellt Quartiere bereit!

Für die Nacht vom Sonnabend, dem 8. Februar, zum Sonntag, dem 9. Februar, werden für die Teilnehmer des Bezirkskongresses der Gewerkschaftsopposition noch eine Anzahl Quartiere benötigt.

Genossen, Kollegen, meldet, wie vielen Delegierten(innen) ihr eine Uebernachtungsmöglichkeit geben könnt.

Meldungen nimmt entgegen: Genosse Ullrich, Feldstraße 50, und die Redaktion der „A.-Z.", Trebnitzer Straße 50.

Die Betriebskommunalkrankenkasse hat es eilig. Von einem Straßenbahner wird uns folgendes mitgeteilt: „In der Betriebskommunalkrankenkasse gestatten es die neu aufgestellten Bestimmungen den Mitgliedern nicht, länger als acht Tage krank zu sein. Bereits in der zweiten Woche erhält der Kranke die Karte zum Vertrauensarzt, und dieser schreibt dann ohne Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Kranken gemäß den Bestimmungen ihn wieder gesund. Bekanntlich zahlt die Betriebskommunalkrankenkasse bei Krankheit in der ersten Woche 70 Prozent des verdienten Lohnes als Krankengeld, in der zweiten Woche 80 und 90 Prozent und in der dritten Woche 100 Prozent."

Angeschossen wurde am Sonntag der Steuermann Ernst H. in der Hafenbuhne von Cäsar Wollheim. Der Steuermann, der dort Wache hielt, wollte nach einem anderen Schiffe gehen, um zu sehen, ob dort alles in Ordnung ist. Plötzlich fielen aus dem zirka 70 Meter entfernt liegenden Koseler Walde mehrere Schrotschüsse, die den Steuermann am rechten Auge und an der Stirn verletzten. Der Schütze konnte nicht ermittelt werden.

Voranzeige!

Sonntag, den 9. Februar, Vormittag-Matinee. Ausschnitte aus „Potemkin"-, „Mutter"- und „Sonja"-Film. Vortrag des russisch. Regisseurs Victor Turin über die Besonderheiten Sowjet-Rußlands u. Vorführungen aus seinem Werke „Turksib", die sibirisch-turkestaner Eisenbahn.

Trotz regelmäßiger Mietenzahlung!

Nach 19 Jahren aus der Wohnung gesetzt

Ein toller Skandal

Wir haben „Schutzbestimmungen" gegen den Mietwucher und die Machtgelüste der Hausbesitzer. Wir haben „Bestimmungen zum Schutze" kinderreicher Familien. Wir haben eine „Verfassung", in der jedem Deutschen eine gesunde Wohnung versprochen wird. Wie alle diese auf dem Papier stehenden Dinge aber in der Praxis aussehen, das lehrt folgender Fall:

Seit 19 Jahren bewohnt Frau Anna Weiß eine Wohnung in Tschansch, Kinderheimstraße 7, bestehend aus einer Stube und einer Kammer. Außer der Frau wird die Wohnung von ihren sieben Kindern im Alter von 6—23 Jahren und ihren Enkelkindern im Alter von ¼—3 Jahren bewohnt. Im Oktober 1928 wurde Frau Weiß von ihrem Manne grundlos verlassen, nachdem er eine Reihe Mietschulden gemacht hatte. Die Frau behielt die Wohnung, über die bis dahin kein Vertrag mit dem Hauswirt bestand, und zahlte die Miete regelmäßig weiter. Da die Wohnung, besonders der Fußboden, in besonders schlechtem Zustande war, drängte die Frau den Hauswirt Kottulinsky, die Reparatur vorzunehmen. Die Reparatur wurde erst vorgenommen, als die Polizei eingriff. Im Sommer machte der Hauswirt der Frau Weiß den Vorschlag, einen Mietvertrag abzuschließen. Die Frau war dazu bereit, aber der Hauswirt verlangte die Bezahlung der Schulden des Mannes. Das lehnte die Frau mit Recht ab; darauf schloß der Hauswirt keinen Vertrag und beließ es bei dem alten vertraglosen Zustand. Vor kurzem erhielt Frau Weiß nunmehr ein Schreiben des Hauswirts, wonach sie laut Gerichtsurteil die Wohnung zu räumen habe. Die Frau hatte keine Ahnung von einem Urteil. Es stellte sich nunmehr heraus, daß der Hauswirt den Mann auf Zahlung der Schulden verklagt hatte, und derselbe vor Gericht einen Vergleich geschlossen hatte, daß er mit seiner Familie die Wohnung räumen würde. Er schloß diesen Vergleich, obwohl er seit eineinhalb Jahren nicht mehr die Wohnung bewohnt und dort auch polizeilich abgemeldet war. Die Frau Weiß erhob beim Amtsgericht Einspruch gegen diesen Vergleich. Gleichzeitig schilderte die Frau dem Wohnungsamt den Sachverhalt und bat sicherheitshalber um Einweisung in die Wohnung ab 1. Februar. Das Wohnungsamt schrieb zunächst, daß es Bedenken nicht habe, aber den Erfolg der gerichtlichen Schritte abwarten wolle. Vom Amtsgericht erhielt die Frau Bescheid, daß sie an dem Vergleich nicht beteiligt sei und deshalb auch keinen Einspruch erheben könne. (!) Dieser Sachverhalt wurde dem Wohnungsamt ebenfalls mitgeteilt. Darauf kam folgender Bescheid:

> **„Wir müssen es zu unserem Bedauern ablehnen, Sie mit Ihrer Familie dem Hauseigentümer gegenüber für die von Ihnen zurzeit benutzte Wohnung als Mieter zuzuweisen. Der Hauseigentümer lehnt es entschieden ab, mit Ihnen freiwillig einen Mietsvertrag abzuschließen . . . Sollte die Räumung der Wohnung durchgeführt werden, dann müssen wir Ihnen anheimgeben, sich mit Ihrer Familie im Obdachlosenheim, Magazinstraße 1/3, aufnehmen zu lassen, das unterrichtet ist."**

Damit besteht die Tatsache, daß die zehnköpfige Familie auf die Straße gesetzt wird, aus einer Wohnung, die sie seit 19 Jahren bewohnt, für welche die Miete regelmäßig bezahlt worden ist, einfach aus dem Grunde, weil der Ehemann, der seine Familie verlassen hat, einen ungültigen Vergleich geschlossen hat, und weil der Hauswirt sich an der Frau rächen will, weil sie durch die Polizei ihr Recht verlangt hat. Derselbe Hauswirt, der im Sommer der Frau den Vertrag angeboten hat, weigert sich heute, und das Wohnungsamt erklärt, gegen den Mann nichts unternehmen zu können. Soll die Familie im Asyl verkommen, was kümmert das das Wohnungsamt. Ein Vertreter des Bezirksamtes Tschansch erklärte der Frau gegenüber sogar, daß sie im Asyl besser wohnen würde, als jetzt.

Wir wissen nicht, welche Verbindungen zwischen dem Hauswirt Kottulinsky und dem Bezirksamt Tschansch bestehen. Wir wissen aber, daß Kottulinsky mit städtischen Aufträgen beschäftigt wird.

Wir fordern, daß dem unglaublichen Skandal dadurch ein Ende gemacht wird, daß die Frau unverzüglich in die Wohnung, die sie seit 19 Jahren bewohnt, eingewiesen wird.

Die drei Leidensstationen des Erwerbslosen

Ein Arbeitsloser schreibt uns: „Derjenige, dem die Arbeitsmöglichkeit entzogen wird, fällt den Leidensstationen des Arbeitslosengesetzes anheim. Die Wirkung ist nun folgende: Als Beispiel einen der bestbezahlten Arbeitnehmer genommen, der einen Wochenlohn von über 60 Mark erhält und das Glück hat, noch Familienvater zu sein, erhält an Arbeitslosenunterstützung 20,50 Mark für sich und für jedes Familienangehörige 3 Mark wöchentlich. Dies würde bei zwei Kindern und Frau einen Unterstützungssatz von wöchentlich 31,50 Mark betragen. Hat dieser Bedauernswerte das von vielen Satten noch beneidete „Glück", länger als 26 Wochen arbeitslos zu sein, so fällt er der Krisenfürsorge anheim. Diese zweite Leidensstation hat durch ihren Namen sich selbst gekennzeichnet. Der Mensch, der durch die ersten 26 Wochen seinen Körper und seinen Geist, auch den seiner Familie, soweit trainiert hat, daß er eines gewissen Krisenstadiums für fähig gehalten wird, erhält nun für weitere 36 bis 39 Wochen in peinlichst ausgeklügelter Fürsorge mit seiner Familie 22,50 Mark. Kammen auf den Kopf zuerst durchschnittlich 7,89 Mark wöchentlich, so müssen jetzt 5,60 Mark reichen. Ist nun diese Station lebendig überwunden, von den seelischen und gesundheitlichen Schäden gar nicht zu sprechen, so kommt die Station der Ausgesteuerten dran. Auch dieser Name hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Man könnte ebensogut auch ausgestoßen (aus der menschlichen Gesellschaft) dafür setzen. Ein schulpflichtiges Kind eines Ausgesteuerten erhält, wenn in der letzten Station nicht noch weitere Abstriche für möglich gehalten werden, 5,60 Mark wöchentlich. Für die Frau ist dieser Satz auch als ausreichend befunden. Was den Mann anbetrifft, so hat er von diesen 5,70 Mark (für seinen Lebensnuterhalt wohl als zu reichlich angesehen) noch Miete, Kassen, Kohle, Gas, Zeitung und alle zum Haushalt gehörigen Ausgaben zu bestreiten. Es geht schließlich an Bekleidungsstücken etwas entzwei.

Aus all dem ersieht man, wie vollkommen ausgeschlossen es ist, daß man mit diesen Hungerpfennigen auch nur im entferntesten reicht. Wir unverschuldet Arbeitslosen fordern deshalb energische Maßnahmen, damit wir Körper und Geist entsprechend vollwertige Arbeit umgehend erhalten und nicht länger entrechtete, mit Brosamen abgetane Menschen zweiter Ordnung sind. M. G.

Wie verteidigt sich der Proletarier vor

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht

Oeffentlicher Vortrag, Donnerstag, den 6. Februar, in den Zentralballsälen, Westendstraße. Referent Preiß.

Anschließend Lichtbildervortrag:

„Der Strafvollzug in der Sowjetunion"

Eintritt 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

„Rote Hilfe" Deutschland. Ortsgruppe Breslau.

Abbiegeverbot ist keine Lösung des Verkehrsproblems! Infolge der schwierigen Verkehrsverhältnisse an der Kreuzung Ohlauufer mit Margaretenstraße und Freiheitsbrücke, die dort eine sehr scharfe Krümmung bilden, haben den Polizeipräsidenten veranlaßt, das Abbiegen aus Richtung Freiheitsbrücke nicht mehr nach links, und vom Ohlauufer und der Margaretenstraße (aus Richtung Mauritiusstraße) nicht mehr nach rechts zuzulassen. Entsprechende Schilder, die auf den Geradeausverkehr hinweisen, sind an der Freiheitsbrücke bereits aufgestellt. An der Kreuzung des Ohlauufers und der Margaretenstraße mit der Ecke Mauritiusstraße werden noch entsprechende Hinweisschilder aufgestellt werden.

Unnötige Kosten. Die Kosten für ungedeckte Schäden, die durch mutwilliges Zerstören von öffentlichen Beleuchtungsanlagen entstanden sind, haben im letzten Vierteljahre (Oktober—Dezember 1929) wieder zugenommen. Sie betrugen 5312,94 Mark gegenüber 3450,13 Mark im Vierteljahre Juli—September. Im einzelnen sind zerstört, zum Teil auch gestohlen worden: ein Pilzbrenner, 30 Glocken, 165 Scheiben, 7 Zilinder, 3 Reflektoren, 732 Glühkörper, zwei Schlösser mit Kette.

Vermißt wird das 16jährige Hausmädchen Charlotte Heidrich, bisher Klosterstraße wohnhaft. — Ferner ist der 24 Jahre alte Tischlergeselle Willy Wittig, bisher Oelsnerstraße 15 wohnhaft gewesen, verschwunden.

Der tägliche Selbstmord. Der Ausschenker Friedrich N. wurde in seiner Wohnung Kaiser-Wilhelm-Straße mit Gas vergiftet tot aufgefunden.

Die städtische Volksberatungsstelle Karlstraße 11, Schloßohle 18, I., ist im Monat Januar von 2932 Personen, und zwar 1594 Männern und 1338 Frauen, besucht worden. Außerdem sind 127 Schriftsätze angefertigt und 93 fernmündliche Auskünfte gegeben worden. Die kostenlosen und unverbindlichen Beratungen erfolgen werktäglich in der Zeit von 8—14 Uhr.

Eckstein-Halpaus, entstanden aus der Vereinigung zweier der ältesten und bedeutendsten Zigarettenfabriken, stellt sich dem Raucher vor. Die beiden Hauptmarken Ulmenried, 5 Pfg., Rarität, 4 Pfg., sind im neuen Gewande erschienen. Gerade der fachkundige Raucher wird Freude an Ulmenried und Rarität finden.

Oeffentliche Frauenversammlung

am Mittwoch, dem 5. Februar, 20 Uhr, in das Lokal A. Zeudlick, Königgrätzer Straße 16. Provinzial-Landtagsabgeordnete Florentine Standtke spricht. Eintritt frei! KPD., Breslau-Ost.

Bezirksversammlungen der Jugend

AWB. Mittwoch, um 16 Uhr, im „Eisenkönig", Holteistraße.

Linke-Hofmann. Donnerstag, 16 Uhr, in der „Blauen Ecke", Frankfurter Straße 17, Ecke Schweitzerstraße.

Schwerin & Söhne. Donnerstag, 16 Uhr, bei Sauer, Gräbschner Straße.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, 8. Febr. 16: Bücherstunde. ● 16.30: Leipzig: Konzert. Komzak: Ouv. „Edelweiß". — Ziehrer: Lied aus „Der Fremdenführer"; Lied aus „Die drei Wünsche". — Joh. Strauß: Ballettmusik aus „Ritter Pasman". ● 17.20: Schnuffeldus und der Zeitungsonkel. ● 17.40: Leipzig: Leipziger Funkorch.: O. Straus: Aus „Ein Walzertraum"; Aus „Hochzeit in Hollywood". — Nedbal: Melodien aus „Polenblut". — Lehar: Aus „Das Fürstenkind". — Fall: Walzer aus „Die Studentengräfin". — Benatzky: Aus „Liebe im Schnee". ● 18: G. M. Lippmann und H. Bahlinger: Die Filme der Woche. ● 18.25: Esperanto. ● 18.40: Französisch für Anf. ● 19.05: Funkkapelle: Gilbert: Potp. aus „Hotel Stadt Lemberg". — Spoliansky: Slave. Walzer-Romanze. — Renée: Canzonetta. — Popy: Serenade. — Mezzacapo: Zigeuner-Idyll. — Cassado: Serenade. — Volpatti: Träumerei. — Ferraris: Serenade. — Cerne: Alt-Wiener Walzer. — Simonetti: Madrigale. ● 20: Berghauptmann Fischer: Der Bergbau in Niederschlesien. ● 20.30: Schles. Philharmonie: Reißner: Ballett-Ouvertüre. — Joh. Strauß: O schöner Mai; Geschichten aus dem Wiener Wald. — Fahrbach: Hessen-Marsch. — Joh. Strauß: An der schönen, blauen Donau; Frühlingsstimmen. — Lehar: Pierrot und Pierrette. — Jos. Strauß: Dorfschwalben aus Oesterreich. Suppe Ouv. „Flotte Bursche"; Ueber Berg und Tal, Marsch. ● 22.35: Großer Saal der Börse: Photomatonball. Kabarett ● 23.30: Tanzmusik vom Zilleball.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag u. Freitag, 5 und 8 Uhr:

Flucht aus der Hölle!

Ein Russenfilm.

Land u. Leute in Südamerika.

Jugend verboten! Niedrige Eintrittspreise!

Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pfg.

Mit Besucherausweis Einheitsplatz nur 50 Pfg., ohne Ausweis 70 Pf.

Oberschlesien

Genosse Walter aus dem Zimmerer-Verband ausgeschlossen

Nach zehnjähriger Verbandszugehörigkeit von den Bonzen ausgeschlossen, weil er zum Kampf gegen die Young-Diktatur aufruft

Der Genosse **Walter** war den Bürokraten im Verband der Zimmerer schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Schon lange versuchten sie ihn los zu werden. Wenn sie bis dahin das nicht durchführten, dann deshalb, weil sie sich vor den organisierten Zimmerern fürchteten. Keinesfalls konnten es aber die Reformisten jetzt noch dulden, daß Genosse Walter noch länger im Verband verbleibt. Sind sie sich doch darüber klar, daß die Zimmerer wie auch die gesamten Bauarbeiter in diesem Jahre unter dem kapitalistischen Ausplünderungsfeldzug schwer zu leiden haben. Damit die Bauarbeiterschaft diese Ausbeutung widerstandslos hinnimmt, müssen die Kameraden, die **aktiv** dagegen auftreten, aus dem Verband ausgeschlossen werden. der **Anfang** wurde mit **Walter** gemacht. Am Sonnabend erhielt er vom Zentralvorstand des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands folgendes Schreiben:

„Werter Kamerad!

Nachdem auch der Vorstand der Zahlstelle Gleiwitz zu Deinem Verhalten in der Zahlstelle Stellung nahm und in einer Entschließung dieses gemißbilligt und mit den Verbandssatzungen unvereinbar erklärt hat, hat der Zentralverband Deinen Ausschluß aus dem Verbande beschlossen. Der Ausschluß wird sofort wirksam, die Gründe für diesen sind Dir bekannt. Sie liegen in den Versuchen, die gewerkschaftlichen Parolen der kommunistischen Gewerkschaftszentrale in unserem Verbande durchzuführen, ganz besonders aber in Deiner Stellungnahme zu den Maßnahmen des Zentralvorstandes in Berlin usw.

Die Bekanntmachung des Ausschlusses erfolgt in einer der nächsten Nummern des „Zimmerers".

Besten Gruß (Stempel)

Der Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsg. Deutschlands
(Unterschrift)"

Somit ist der Genosse Walter, der vom seinem 17. Lebensjahre an ununterbrochen freigewerkschaftlich organisiert war und immer an der Spitze der Zimmererbewegung stand, ausgeschlossen. Wenn die Reformisten glauben, dadurch die Opposition mundtot zu machen, so irren sie sich. Sie werden schon in wenigen Tagen erfahren, daß die klassenbewußten Zimmerer nach wie vor auf der Seite Walters und somit auf der Seite der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen.

Polizeiterror gegen den KJVD. Gleiwitz

Polizeipräsident von Gleiwitz verbietet Vermietung von Lokalen an den KJVD

Eine für Freitag einberufene Protestversammlung der Berufsschüler wurde durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten verhindert. Der Wirt Hettmann wurde bedroht mit sofortiger Entziehung der Konzession. Mit diesen Methoden des Belagerungszustandes glaubt das Polizeigehirn, die Ausbreitung des Kampfes gegen Schulfaschismus, Schandberufsausbildungsgesetz und Demonstrationsverbot zu verhindern.

Die Maßnahmen sind besonders gegen den Kommunistischen Jugendverband gerichtet, denn die Drohung an die Wirte in Gleiwitz geht dahin, daß auch für Versammlungen und Funktionärsitzungen das Lokal nicht hergegeben werden darf. Diese Androhungen des Sozialfaschismus wird dem Kommunistischen Jugendverband und dem gewählten Kampfkomitee der Schüler nicht eine Stunde Einhalt gebieten.

Jetzt erst recht muß der Sturmangriff in die Betriebe und Berufsschulen zum Kampf gegen das Berufsausbildungs- und Republikschutzgesetz geführt werden. Es wird die Aufgabe der gesamten Arbeiter und Jungarbeiter von Gleiwitz sein, mit dem KJVD. und der Kommunistischen Partei den Belagerungszustand gegen die Jungarbeiter zu brechen.

Schrankenlose Ausbeutung auf den Preußag-Gruben

Ueberstunden und Feierschichten von christlichen und sozialdemokratischen Betriebsräten beschlossen

In der Verbandszeitung des Bergbau-Industrieverbandes ist in der Nummer 5 ein seitenlanger Aufruf gegen die oppositionellen Arbeiter erlassen. Neben verschiedenen Blödheiten und Verleumdungen ist auch ein Satz enthalten, den es sich verlohnt, näher zu beleuchten:

„Gelbe Werkvereine, Hakenkreuz und Stahlhelm sind die Avantgarde der Unternehmer. Sie sind die Kapitalistenstoßtrupps mit der Aufgabe, den Geist des Kollektivismus und der Solidarität in den Reihen der Arbeiterschaft zu zersetzen."

Soweit gut, aber wir leben jetzt im Jahre 1930, und es hat sich in der Welt in den letzten Jahrzehnten vieles geändert, so auch in der Politik der einstmals revolutionären Sozialdemokratie und der von ihr beherrschten Gewerkschaften. Heute wechseln die SPD.-Leute **Kossat, Schmidt** und **Krzemek** ihre Gesinnung und ihre Ansichten, so oft es der Unternehmer wünscht und für ratsam hält im Interesse seines Geldsackes. Heute müßte in den obenstehenden Satz noch folgendes hinter das Wort Stahlhelm geschrieben werden: „SPD., Zentrum sowie die Gewerkschaftsbürokratie sind die Avantgarde der Unternehmer, die in der tatkräftigsten Weise unterstützt werden durch die reformistischen Betriebsräte." Einige Beweise.

Als im Monat Dezember auf einigen Anlagen in Oberschlesien schon Feierschichten und Arbeiterentlassungen erwogen wurden, verhandelte die Bürokratie mit ihren reformistischen Betriebsräten auf den Preußaggruben für den Monat Januar wegen Ueberstunden,

und zwar bis zu einer Dauer von 7½ Stunden in fünf Tagen und einer Rollschicht am Sonnabend. Als die Bergarbeiter unter Führung der **Opposition** sich dagegen zur Wehr setzten, organisierten diese Arbeiterverräter gemeinsam mit der Verwaltung Belegschaftsversammlungen. In diesen Versammlungen (es sind jetzt knapp drei Wochen) traten **Schmidt** (Bergarbeiterverband) und **Platte** (Christl.) sowie die Betriebsräte Maijewski, Thiemt, Piecha, Kranz und andere auf, begründeten die „Notlage" des Unternehmens und die „Notwendigkeit" des Verfahrens der Ueberstunden im Monat Januar 1930. Sie erklärten die Ueberstunden als das „kleinere Uebel" und schüchterten die Arbeiter mit dem § 3 des Arbeitszeitnotgesetzes ein. Als der Druck immer größer und der Verrat immer offensichtlicher wurde, schreckten diese Leute nicht einmal davor zurück, ihre eigenen Verbandskollegen zu **denunzieren**. Der oppositionelle Betriebsrat der **Guidogrube** wurde sogar auf ihr Betreiben hin mit neun Mark Geldstrafe belegt und ein Verfahren auf **Amtsenthebung** beim Arbeitsgericht gegen ihn eingeleitet. Diese Maßnahme soll dazu dienen, eine Handhabe für die Entlassung zu bieten.

Die Arbeiter, die sich mit aller Kraft gegen die erhöhte Ausbeutung zur Wehr setzten, wurden strafversetzt auf schlechter bezahlte Arbeitsstellen und ihnen spätere Entlassung angedroht.

Als aber in der ersten Hälfte des Monat Januar bald überall Feierschichten, bis zu zwei und drei Schichten in der Woche, einsetzten, da spielten die christlichen und reformistischen Gewerkschaftsbürokraten mit verteilten Rollen, und die Christen erhoben „Einspruch" beim Revieramt. Dabei muß bemerkt werden, daß die Christen dieselbe erbärmliche Rolle am Anfange spielten wie die Reformisten. Es sollte nur verhindert werden, daß die Massen sich von den beiden demagogischen Richtungen entfernt hätten.

Heute gehen diese Kapitalsknechte auf die Anlagen, wo schon gefeiert wird, und spielen sich als die Radikalen auf. Sie erzählen, daß die **polnischen Arbeiter** schuld waren, daß ferner schuld ist der deutsche Kumpel, soweit er nicht „organisiert" ist, daß schuld sind die **Kommunisten**. Die heuchlerischen, demagogischen Bonzen können nur noch Schmutzkübel in ihren Zeitungen über alle ehrlichen Kameraden ausschütten, in **Belegschaftsversammlungen** trauen sie sich nicht mehr, und wo sie hinkommen, da geben ihnen die Arbeiter die richtige Antwort.

Jawohl, die Zeiten ändern sich, dieser neueste Betrug ist in kaum 14 Tagen geplatzt, wogegen 1923 noch große Teile der Arbeiterschaft jahrelang glaubten an die Vereinbarung vom 13. Dezember 1923. (Siehe ebenfalls Nummer 5 des Bergbau-Industrieverbandes, S. 37.) Während Ueberproduktion herrscht, arbeitet immer noch der oberschlesische Bergbau eine halbe Stunde Mehrarbeit. Tausende von Bergarbeitern sollen entlassen und Feierschichten eingelegt werden. Dies stört diese Demagogen nicht. Bürgermeister **Franz** (früher Gewerkschaftssekretär) spricht bei der Beratung des Bergetats: „Man soll doch nicht übertreiben, es ist alles nicht so schlimm."

Vor elf Jahren, um diese Zeit, gab die SPD. ein Flugblatt heraus: „Wer streikt noch **nach** der Sozialisierung?" „Die Sozialisierung marschiert!" **Heute marschiert die SPD. mit der Front von Hitler bis zum Zentrum gegen die Arbeiterschaft, fürs Kapital!**

Ein Kumpel.

Hindenburg

An sämtliche Zellen der KPD.

Am Sonntag, dem 16. Februar, um 9 Uhr, findet im kleinen Saale von Pietzka, Gliederstraße, die schon am 26. Januar festgelegte

Delegierten-Konferenz

bestimmt statt. Die Zellen, die noch nicht Delegierte angegeben haben, müssen dies im Laufe dieser Woche bestimmt noch nachholen und die Adresse an Ph. Schierm einschicken. Zutritt haben alle Mitglieder der Partei!

KPD., Ortsgruppe Hindenburg.

Delegierte zum Oppositionskongreß werden ausgeschlossen

Dem Metallarbeiter Karl Czelalla wurde vom DMV. ein Schreiben folgenden Inhalts zugestellt:

Hindenburg, den 30. Januar 1930.

Herrn Karl Czelalla
Hindenburg-Biskupitz, Disarstraße 12.

Werter Kollege!

Es ist uns heute zur Kenntnis gekommen, daß Du für den Oppositionskongreß, der am 2. Februar in der Gemeinde-Gaststätte in Biskupitz stattfindet, als Delegierter in der Oppositionsversammlung am 29. Januar 1930 Dich hast wählen lassen.

Wir möchten nicht verabsäumen, auf unsere Metallarbeiter-Zeitung Nr. 43 aufmerksam zu machen, in der unzweideutig die Beschlüsse unseres Verbandstages erläutert sind und woraus ganz klar hervorgeht, daß jeder Kollege, der an einem derartigen Kongreß teilnimmt, in welcher Form ganz gleich, mit dem Ausschluß aus unserem Verband zu rechnen hat.

Wir ersuchen Dich, an dem Kongreß unter keinen Umständen teilzunehmen und Deine Wahl als Delegierter sofort abzulehnen.

Mit kollegialem Gruß

(Stempel) Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Hindenburg OS. gez. K. Kosubek.

Zweifellos wird die **Bürokratie** ihre Drohung verwirklichen. Die **oberschlesische Arbeiterschaft** aber wird auf der Grundlage der Beschlüsse des **Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition** den Kampf gegen das Unternehmertum und seine Handlanger — die reformistischen und christlichen Bonzen — organisieren. **Die Diktatur der Bürokraten (im Interesse der Unternehmer) wird keinen klassenbewußten Kollegen von der Erfüllung seiner revolutionären Pflichten abhalten.**

Luboschütz, bei Oppeln. **Ein patriotischer Lehrlingsschinder.** Patriot bis auf den Bauch — mit Bier und Schnaps — das ist so Brauch! Eine besondere Blüte von Hurrapatriot ist der Schneidermeister **Dzimbik**. Selbst nie Krieg und Militarismus gesehen, da seine körperliche Verfassung nicht hinreichte, fühlte sich derselbe an einem Sonntag, gelegentlich einer Tanzveranstaltung im Gasthaus **Stottle**, berufen, für Nationalismus und Zwölfstundentag Reklame zu machen. Im Suff spendete er den Anwesenden, von denen leider einige Proleten seiner Aufforderung zum Singen des Deutschlandliedes nachkamen, eine **Lage Bier**. Wer nicht mitsang, bekam kein Bier. Die anderen Proleten lehnten dieses Ansinnen entschieden ab. Wir erwarten, daß sich das Gewerbeamt für die Arbeitszeit der bei Dzimbik beschäftigten **Lehrlinge** interessiert, da wir wohl ihm den 12- und auch 24-Stundentag „gönnen", nicht aber seinen ausgebeuteten Lehrlingen.

„Der stille Don"

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

Kosakenroman
von Michael Scholochow

70)

„Wohin schaust du, du Dreckferl?... Wohin? Ich werde dir, du Hundsfott, schon zeigen! Für drei Tage steck ich dich in Arrest..."

Der Kommandeur der Abteilung, der gerade mit dem diensthabenden Offizier sprach, sah und hörte diese Szene und wandte sich weg. Er zupfte an der Säbelquaste und gähnte gelangweilt. Prochor wischte mit dem Aermel des Mantels das Blut von dem breiten Streifen, der sich auf der rasch aufgedunsenen Wange gebildet hatte, seine Lippen bebten.

Grigorij sah die Offiziere an, die sich ruhig unterhielten, als sei nichts geschehen. Fünf Tage später ließ Grigorij bei der Tränke einen Eimer in den Brunnen fallen. Der Wachtmeister stürzte sich wie ein Bilder auf ihn, hob die Hand zum Schlage.

„Rühr mich nicht an," schrie Grigorij dumpf auf.

„Was?... Kriech hinein, Schweinehund! Hol den Eimer. Ich schlag dir die Fresse blutig!"

„Ich hol den Eimer.... Rühr mich nicht an!" sagte Grigorij, ohne den Kopf zu heben, langsam, jedes Wort betonend.

Wären die anderen Kosaken auch am Brunnen gewesen, so hätte die Sache ein anderes Ende genommen: der Wachtmeister hätte zweifellos Grigorij verprügelt; aber die standen weit weg und konnten das Gespräch nicht hören. Der Wachtmeister trat ganz nahe an Grigorij heran, sah sich dabei um, ob die Kosaken sie beobachteten, und brüllte, die vor Zorn ganz ausdruckslos gewordenen Augen rollend:

„Was erlaubst du dir? Wie sprichst du zu deinem Vorgesetzten?"

„Mach dich nicht so patzig, Semjon Jegorow!"

„Drohst du mir?... Ich werde dir schon zeigen..."

„Höre mal," Grigorij zog mit einem Ruck einen Pfahl aus der Erde, „wenn du mich anrühren wirst, schlag ich dich tot! Verstanden?"

Der Wachtmeister riß vor Erstaunen sein viereckiges Karpfenmaul auf und fand keine Antwort. Der Augenblick der Rache war verpaßt. Das aschfahl gewordene Gesicht Grigorijs versprach nichts Gutes. Der Wachtmeister verlor sich vollends. Er ging vom Brunnen fort, stolperte über den glitschigen Schmutz, drohte, mit der Faust wie mit einem Beil fuchtelnd, und sagte:

„Ich werde es dem Abteilungskommandeur melden! Ja, ich werde es ihm melden!"

Doch aus irgendeinem Grunde meldete er es nicht dem Kommandeur, verfolgte aber zwei Wochen lang Grigorij, schimpfte aus dem geringsten Anlaß, ließ ihn außerhalb der Reihenfolge Posten stehen und vermied es, ihm in die Augen zu sehen.

Die eintönige, langweilige Tageseinteilung tötete alles Lebendige. Bis in den Abend hinein, bis zum Zapfenstreich dauerte das Exerzieren zu Pferde und zu Fuß. Dazwischen wurden die Pferde geputzt und gefüttert. Dann mußte aller mögliche Unsinn eingepaukt werden, und erst um zehn Uhr, nach dem Abendappell und der Einteilung der Wachtposten sammelte man sich zum Gebet. Der Wachtmeister glitt mit bleiern-schweren Blicken über die strammstehenden Reihen und begann mit heiserer Stimme das „Vater Unser" zu singen.

In der Frühe begann die alte Tretmühle von neuem, und so vergingen die Tage, die nicht gleich waren und doch einander wie Zwillinge glichen.

Im ganzen Gut war außer der alten Frau des Verwalters nur ein einziges weibliches Wesen, auf das auch die Aufmerksamkeit der ganzen Abteilung — die Offiziere eingeschlossen — gelenkt war. Das war das junge, hübsche Dienstmädchen, die Polin Franja. Sie lief häufig vom Haus in die Küche, die ein alter Koch ganz allein beherrschte.

Die Abteilung lauschte seufzend und angeregt Rascheln von Franjas grauem Rock. Sie fühlte die ständigen Blicke der Kosaken und Offiziere und schien unter den Fluten der Begierden, die den dreihundert Paar Augen entströmten, wie eingeölt. Sie wackelte herausfordernd mit den Hüften, rannte ohne Unterlaß von der Küche ins Haus, und vom Haus in die Küche, lächelte abwechselnd die Mannschaft und die Offiziere an. Alle buhlten um sie. Erfolg hatte aber nur der Abteilungskommandeur, ein Mann mit dichtem, lockigem Haar.

Es geschah an einem Vorfrühlingstag, Grigorij versah den Tagesdienst im Stall. Er hielt sich fast ständig am äußersten Ende des Stalles auf, wo die Pferde der Offiziere standen, die durch die Gesellschaft einer Stute sehr unruhig waren. Es war um die Mittagspause. Grigorij hatte gerade das weißbeinige Pferd des Kosakenkapitäns mit der Peitsche zur Ruhe gebracht, und sah im Vorbeigehen seinen Braunen an. Feuchtes Heu knirschte gerade zwischen dessen Zähnen, er sah mit seinen rosa Augen seinen Herrn an und hob das eine Hinterbein, das er sich verletzt hatte. Plötzlich hörte Grigorij ein Stiefelgestampf und einen dumpfen Schrei in einem der dunklen Winkel des riesengroßen Stalles. Er ging erstaunt dem ungewöhnlichen Lärm nach. Schwarzes Dunkel schloß seine Augen. Die Tür des Stalles ging plötzlich auf, grelles Licht blendete Grigorij: eine Stimme rief flüsternd:

„Beeilt euch, Kinder!"

Grigorij beschleunigte seine Schritte.

„Wer ist dort?"

Der Zugführer Popow stieß auf ihn.

„Bist du's, Grigorij?" flüsterte er und packte Grigorij an der Schulter.

„Ja. Was ist los?"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft Alfred Lemke, Breslau; für [illegible] und Beilagen: Betrieb und Gewerkschaft Wilhelm Piewald [illegible]slau; für Oberschlesien Fritz Jendrosch, Gleiwitz.

„Am Ausgangspunkt größter Klassenkämpfe“

Die „Prawda“ über die internationale Arbeitslosigkeit

Moskau, 4. Februar. Die „Prawda“ schreibt: Die Vorgänge in Hamburg müssen zusammen mit den Kundgebungen der Arbeitslosen in anderen kapitalistischen Ländern die Aufmerksamkeit aller revolutionären Arbeiter, aller Sektionen der KI., fesseln. Angesichts der sich entwickelnden **Weltwirtschaftskrise** und des wachsenden revolutionären Aufstiegs können die Kundgebungen von Millionen Arbeitslosen im Verein mit der Massenstreikbewegung zum **Ausgangspunkt größter Klassenkämpfe** werden.

Nach dem Hinweis auf die **Entwicklung der Arbeitslosigkeit** in den USA., in Deutschland, England, Italien, Polen, in der Tschechoslowakei, in Oesterreich, Ungarn, Japan, China, Indien, Indonesien und anderen Ländern des Westens und Ostens sowie in Südamerika bemerkt das Blatt, die Arbeitslosigkeit suche bereits eine Reihe von Ländern heim, die früher von ihr verschont geblieben waren.

Schon jetzt hat die Zahl der Arbeitslosen, abgesehen von China, Indien und Indonesien, **15 Millionen überstiegen**. Zählt man die Familienmitglieder zu, so ergibt sich, **daß 60 Millionen dem Hunger preisgegeben** sind. In Deutschland, Oesterreich und Polen ist kaum eine einzige Arbeiterfamilie zu finden, die nicht mittelbar oder unmitelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, und **eine weitere Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist in der Zukunft unausbleiblich.**

Die Arbeitslosigkeit ist nicht allein der schlagendste Beweis, sondern auch ein **mächtiger Faktor der Beschleunigung des Tempos der Zerrüttung der kapitalistischen Stabilisierung** und der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die Kommunistischen Parteien und die revolutionären Gewerkschaftsverbände müssen die **wachsende Aktivität** der proletarischen Massen, sowohl der Arbeitslosen als auch der noch im Betrieb Stehenden, leiten und ihren restlosen **Zusammenschluß im Kampfe** auf die Tagesordnung setzen. Die Fragen der Arbeitslosigkeit sowie die Fragen des wirtschaftlichen Kampfes müssen von den kommunistischen Parteien, den kommunistischen Jugendverbänden und den revolutionären Gewerkschaften die größte Aufmerksamkeit erhalten, die **alle ihre Kräfte für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mobilisieren** müssen.

Die Hauptlosung jeder Aktion der proletarischen Massen muß jetzt sein: **der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die Sache der gesamten Arbeiterklasse, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist ein Kampf gegen die gesamte kapitalistische Ordnung.**

Alle Arbeiter müssen mit den kommunistischen Parteien an der Spitze aktiv für solche Forderungen eintreten, wie **Einstellung der Massenentlassungen, Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, Abschaffung der Ueberstunden, Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung in Höhe der durchschnittlichen Löhne auf Rechnung der Unternehmer, Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, Auszahlung der Unterstützungen vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an, Kampf für reale Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, für alle den Siebenstundentag.** Sechsstundentag für die unter Tag beschäftigten Arbeiter und die Arbeiter der gesundheitsschädlichen Betriebe.

Die breiten Massen müssen sich über den **Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit der gesamten Krise des Kapitalismus, mit dem Young-Plan**, mit der kapitalistischen Rationalisierung, **mit den Versuchen des Kapitalismus**, die Last der Wirtschaftskrise den Schultern der Arbeiterklasse aufzubürden, über den Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit der gesamten Außenpolitik des Imperialismus, mit der Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege und insbesondere des Krieges gegen die Sowjetunion, mit der Unterdrückung der Kolonien klar sein; sie müssen zur Erkenntnis gelangen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Lösung der Krise der Arbeitslosigkeit durch Auswanderung unmöglich ist.

Die Massen müssen einsehen, daß es unmöglich ist, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von dem Kampf um die völlige Vernichtung der Herrschaft der Bourgeoisie, um die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus, zu trennen.

Die Kämpfe in Hamburg, die eine Episode des sowohl in Deutschland als auch in den anderen kapitalistischen Ländern entbrannten Kampfes der Arbeitslosen sind, signalisieren die **Notwendigkeit der Erweiterung der Einheitsfront der Arbeiterschaft.**

Die Bewegung der Arbeiterklasse gegen die Arbeitslosigkeit und für die Erhaltung ihres Lebensniveaus entfaltet sich auf der ganzen Erde: in **Europa, Amerika, Australien**, in den **afrikanischen** und **asiatischen Kolonien**. Allerorts übernehmen die jungen kommunistischen Parteien, von denen manche noch nicht im Feuer der Klassenkämpfe gestanden haben, die Führung dieser Bewegung.

Doch das, was getan wurde, ist noch nicht genügend. Von der Aktivität der kommunistischen Parteien wird es abhängen, inwieweit es gelingt, die Front des Klassenkampfes zu erweitern, inwieweit es den kommunistischen Parteien und revolutionären Gewerkschaften gelingen wird, die **entscheidenden Schichten** der Arbeiterklasse in diese Bewegung einzubeziehen.

Massenprozeß gegen Kommunisten in Japan

Tokio, 1. Februar. Die japanische Oberste Staatsanwaltschaft hat gegen sämtliche vor einiger Zeit verhafteten **153 Arbeiter und Bauern die Anklage wegen Hochverrat** erhoben. Die Anklageschrift gegen die Genossen füllt 60 Druckbände. Sie werden beschuldigt, als Mitglieder der verbotenen Kommunistischen Partei Japans mit der Kommunistischen Internationale in Verbindung gestanden und unter den Millionen japanischer Arbeiter und Bauern **revolutionäre Arbeit** geleistet zu haben. Ein besonderes Verbrechen wird darin erblickt, daß ihre revolutionäre Propaganda vor den Angehörigen der japanischen Armee und Flotte nicht haltmachte, sondern möglichst vielen Proletariern im Waffenrock ihre Klassenlage zum Bewußtsein brachten.

Dieser Riesenprozeß ist ein Verzweiflungsakt der japanischen Bourgeoisie gegen die stündlich wachsende revolutionäre Bewegung im Lande. Im Zusammenhang mit der internationalen wirtschaftlichen Krise befindet sich auch die japanische Bourgeoisie in den größten Schwierigkeiten. Der unerträgliche Steuerdruck auf die japanischen Pächter, die Arbeitslosigkeit in den Industriegebieten, das Hungerelend in ganz Japan fördern die revolutionäre Gärung. Die Kommunistische Partei macht Ansätze, auch in der strengsten Illegalität, sich, getragen vom revolutionären Elan der Massen, zu einer Massenpartei zu entwickeln. Dadurch, daß die japanische Regierung ganze Universitäten schließt, Hunderte von Führern der KPJ. verhaftet, wird sie diese Entwicklung nicht aufhalten.

Hungerstreik rumänischer Genossen

Temesvar, 1. Februar. Vier Gewerkschaftsführer Koloman **Müller**, Demeter **Gruja**, Markus **Schoen** und Josef **Singer** sowie die Genossin **Kolczsvari**, die bei den jüngsten Demonstrationen verhaftet wurden, befinden sich **seit acht Tagen im Hungerstreik**. Sie wollen auf diese Weise dagegen protestieren, daß man **ihre Zellen nicht heizt** und daß man ihnen nicht gestattet, sich von außen her beköstigen zu lassen.

Die Abrechnung naht!

„Prawda“ zum Freispruch des Fälschers Litwinow

Moskau, 1. Februar. Die „Prawda“ schreibt zum Freispruch des Wechselfälschers Litwinow durch das französische Gericht:

„Die werktätigen Massen der Sowjetunion haben ebenso wie die französische Arbeiterklasse und das ganze internationale Proletariat mit äußerster Entrüstung von dem provokatorischen Urteil des französischen Gerichts Kenntnis erhalten. Diese Entrüstung ist nicht allein durch den Freispruch mehrerer Gauner verursacht, die versuchten, Eigentum der Sowjetunion zu stehlen. Die werktätigen Massen der Sowjetunion und die Arbeiter der ganzen Welt verstehen ausgezeichnet die politische Bedeutung dieser Affäre.

Die französische Bourgeoisie und die Sozialfaschisten, die mit offenen Armen Bessedowski aufnahmen und jedes absurde Märchen, jede schmutzige Verleumdung sofort aufgreifen, die von den Renegaten unseres proletarischen Landes verbreitet werden, wenden alle nur möglichen Mittel an, um die Sowjetunion anzuschwärzen, gegen die sie den Krieg vorbereiten und bereit sind, jeder Lüge Beifall zu klatschen, wie schmutzig sie auch sei, wenn sie sich gegen die Sowjetunion richtet.

Die wie Lakaiendienstbeflissenen Richter, die den Freispruch Litwinows und Comp. verkündeten, haben nur die Instruktionen des „Comité des Forges“, Deterdings und der ehemaligen gekrönten Herrscher der Petroleumfelder von Baku, der ehemaligen Grubenbarone des Donezbeckens und von Kriwoi Rog und zahlreicher zaristischer russischer Banken ausgeführt.

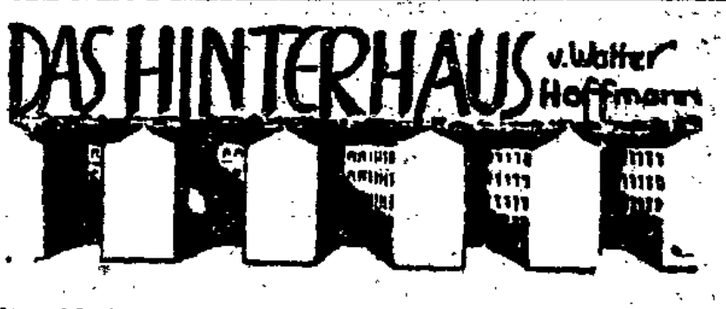
Diese werden unseren Arbeitern und Bauern niemals den Verlust der Milliardenreichtümer verzeihen, ihnen niemals die Oktoberrevolution verzeihen, die alle Parasiten daran hinderte, die Ausbeutung unseres Landes und seiner werktätigen Millionenbevölkerung fortzusetzen.

Das internationale Proletariat und an erster Stelle die französischen Arbeiter werden auf die neue niederträchtige Provokation der imperialistischen französischen Bourgeoisie durch weitere **Verstärkung ihres revolutionären Kampfes** und durch die Näherbringung des Momentes antworten, wo ein proletarisches französisches Gericht der Arbeiter und Bauern die Schuldigen an diesem ungeheuerlichen Verbrechen, wie auch die von diesen Richtern freigesprochenen „Helden“ zur Verantwortung ziehen wird. **Dann wird es keinen Freispruch geben!**

Arbeiter verprügeln Fabrikdirektor

Warschau, 4. Februar. Die Direktion der Metallfabrik Gebrüder Henneberg nahm am Montag eine Entlassung von drei Arbeitern vor. Die Belegschaft übte Solidarität und verlangte die sofortige Wiedereinstellung ihrer gemaßregelten Kollegen. Als die Direktion diese Forderung ablehnte, **ergriffen die Arbeiter den Direktor des Werkes, warfen ihm einen Sack über den Kopf und verprügelten ihn nach allen Regeln der Kunst. Darauf luden sie ihn auf einen Karren und warfen ihn aus dem Fabrikgebäude hinaus.** Die Direktion ließ die Fabrik polizeilich besetzen.

Moskau. Der deutsche Geologe Walter wurde zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften in der Sowjetunion gewählt.



8. Fortsetzung

Herr Bläsing, ein alter Kunde von ihr, verschaffte ihr die Kellerwohnung. Sie ließ ihre Möbel einschleppen, dann nahm sie ihren Bräutigam an die Hand und zog ein.

Ihr Bräutigam hatte ein Gebrechen, das man in ihren Kreisen mit „Hängearsch“ zu benennen pflegte. Außerdem eine gute Eigenschaft: er unterwarf sich bedingungslos den Befehlen seiner Braut. Ihrem Glück stand also nichts im Wege. Sowie ihre Klamotten unter Dach und Fach waren, wollten sie heiraten. Es traf sich wirklich gut, daß ihre Eltern in demselben Hause wohnten. Die Mutter war eine gute Hilfe bei der Festlichkeit.

Dann kam ein Sonnabend, und die Straße hatte ihre Sensation.

Vormittags läuteten plötzlich die Glocken der nahen Kirche. Die Kellertüren gingen auf — mit ihr alle Fenster des Hauses. Das Paar ging über den Hof.

Die Zuschauer drohte der Schlag zu rühren.

War das möglich?

Klara — trug — einen — Jungfernkranz.

Und Schleier.

Zuerst lachte die Walchinskin. Dann noch jemand. Das Paar hatte noch nicht den Hof überquert, da lachte, schrie, jubelte die ganze Hausfront.

„Klara, trampel dir nich uff'n Schleier!“

„Laß dir nich die Jungfernschaft rauben!“

„Klara, bewahre dir deine Unschuld!“

Klara blieb stehen und blickte sich würdevoll um. Sie war klein, aber bereits mächtig in die Breite gegangen. Ein vernichtender Blick traf ihre lachenden Nachbarn.

„Neidische Arschlöcher,“ murmelte sie verächtlich; dann nahm sie den Arm ihres Bräutigams und ging mit ihm auf die Straße. Johlend umfing sie die Straßenjugend. Würdevoll stiegen beide in die Kutsche und fuhren davon.

Das war eine Hochzeit. Klara ließ es sich etwas kosten. Sie hatte allerhand zusammengespart.

Sie hatte eine weitverzweigte Muschpoke. Die war bis auf den letzten Mann erschienen. Wieder war es gut, daß ihre Eltern im selben Haus wohnten. Die Kellerwohnung war klein. Niemand hätte Platz gehabt. Da wurden eins — zwei — drei — die Betten und Kommoden beim Alten untergebracht. Jetzt war Platz, jetzt konnte man tanzen.

Klara strahlte. Das war ein Fest. Um sechs Uhr waren alle bereits besoffen. Schwermütig stöhnten die Töne einer Ziehharmonika über den Hof. Dumpfes Stampfen der Tanzenden, abgerissenes Kreischen, Singen und Brüllen.

Rudolf stand an der Mauer und blickte mit aufgerissenen Augen in den Keller.

Wieder lag ein fahler Schimmer, der durch die Fenster brach, auf dem Hof.

Nach und nach verlöschten die letzten Lichter in den Häusern. Wie warm es die Nacht war. Und dabei war es erst Anfang Februar. Wenn Rudolf so an der Wand stand, konnte ihn niemand sehen. Es mußte schon sehr spät sein. In seinem Hirn wirbelten die Gedanken.

Die Klara war doch eine Nutte. Ihr war es doch gleich, ob der oder der — Und er träumte doch des Nachts davon. Wenn sie wüßte, daß hier draußen ein Junge steht — — —.

Manchmal verließ ein Pärchen den Keller und stellte sich irgend wohin, wo es dunkel war. —

Dann versuchten Rudolfs Augen, die Finsternis zu durchdringen. Und was er beobachtete, machte ihn noch kranker, noch sehnsüchtiger.

Es mochte Mitternacht sein.

Im Keller war es ruhiger geworden.

Plötzlich ein Rumoren, dann Schimpfen, Krachen, Kreischen. Sie prügelten sich. Ein fürchterlicher Lärm.

Die Tür wurde aufgerissen, herausgestoßen wurde ein Mann. Es war der alte Koch. Der fahle Lichtschein, der durch die Fenster brach, beleuchtete ihn. Sonst ging er in alten, gewöhnlichen Kleidern umher, jetzt trug er einen zerbeulten Gehrock. Um seinen Hals hatte er einen unmöglichen Stehkragen gewürgt.

Er konnte sich kaum auf den Beinen halten. Riesig besoffen. Wankend wollte er seine Haustüre erreichen; aber auf halbem Wege purzelte er und fiel der Länge nach hin.

Dann kroch er auf allen Vieren zur Tür. An der Klinke sich hochziehend, stöhnte und fluchte er grauenvoll.

Mit einemmal schimpfte er los. Kreischend, brüllend, sabbernd mit der blöden Stimme des Betrunkenen.

„Du hast mir jar nich die Tür zu weisen. Du hast mir jar nischt zu verbieten, du junger Rotzkocher. Mir zu sagen, ick soll de Fresse halten. Ha-ha!“ Er machte eine Pause. „Denkst du, ick hab dir die Stiefel umsonst gekauft. Zehn Emm ha'ck vor bezahlt, zehn Emm hat mir det Hochzeitsgeschenk gekostet. Dafür soll ick mir noch nich mal besaufen können? Dafür bietet der Strolch mir die Tür — — —.“

Schaurig heulte die Stimme im schmalen Hof. Sie kroch an den Wänden empor und verlor sich in den dunklen Himmel.

Im Keller stöhnte die Ziehharmonika, kreischten die Weiber und spielten die Männer.

„Ihr könnt mir alle den Arsch lecken, ick wer euch wat scheißen“, schrie der Alte wie irrsinnig.

An der Hauswand klapperte etwas. Dann ein Geräusch, als wenn ein Fenster aufstößt.

„Halt dein Maul da unten und laß andere Leute schlafen“, rief eine tiefe Männerstimme hinunter.

Dann schlug das Fenster zu.

Der Alte ließ sich nicht beirren.

„Und dann noch die Klamotten bei mir unterstellen. Könnte euch so passen. Raus mit dem Mist bei mir!“

Torkelnd begab er sich ins Innere des Hauses. Seine Wohnung war die über Pietats Keller.

Licht blitzte auf. Wie hat der Alte nur die Streichhölzer gefunden? Es dauerte gar nicht lange, da schleppte er etwas heraus. Und er war doch so besoffen. Ein halbes Bettstell war's. Und dann ging er wieder hinein und brachte die andere Hälfte. Eine Kommode folgte. Eine Nähmaschine. Dabei war er so besoffen und hatte sich nicht halten können. Unaufhörlich fluchte er dabei.

„Hier habt ihr euren Mist, könnt ihn sonstwo hinstellen. Zu meine Bude kommt nischt mehr davon.“

Der Ziehharmonikaspieler hatte eine Pause gemacht. Die Männer brüllten nicht mehr so laut. Da hörten sie, wie der Alte auf dem Hofe fluchte. Sofort gingen ein paar hinaus. An der Spitze der junge Ehemann.

(Fortsetzung folgt.)

Waldenburger Bergland

Das Vertrauen zur Kommunistischen Partei wächst!

Auch in Dittersbach überfüllte L.-L.-L.-Feier! — Wieder sieben Arbeiter der Kommunistischen Partei beigetreten

Vorbei sind die Zeiten, wo es den Sozialfaschisten durch ihre verlogene demagogische Politik und beispiellose Hetze möglich war, die Arbeiter von der Kommunistischen Partei fernzuhalten. Dafür legen die von der Kommunistischen Partei in fast allen größeren Orten des Waldenburger Reviers einberufenen LLL.-Kundgebungen Zeugnis ab. Die Veranstaltungen in Weißstein und Nieder-Salzbrunn waren überfüllt.

Auch die am Sonntag in Dittersbach stattgefundene LLL.-Feier stand im Zeichen der wachsenden Sympathie für die Kommunistische Partei. Schon vor Beginn der Veranstaltung war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele später Ankommende mußten wegen Ueberfüllung wieder umkehren.

Die schon aus den anderen Veranstaltungen her bekannten aktuellen Kampflosungen „Vorwärts im Geiste Lenins, Liebknechts und Luxemburgs", „Trotz Belagerungszustand erst recht im Sturmschritt zur Revolution voran" werden verkündet auf meterlangen großen roten Transparenten im Saal. Bilder unserer drei großen Führer grüßen von den Wänden die dichtgedrängt versammelten Arbeiter und Arbeiterfrauen von Dittersbach.

Nach einleitender Musik unserer Schalmeienkapelle „Liebknecht" leitete Genosse Becker die Kundgebung mit einer Begrüßungsansprache ein. Begeistert werden die Darbietungen der Jung-Spartakus-Gruppe und der von Woche zu Woche sich mehr entwickelnden Partei-Agitproptruppe des Unterbezirks aufgenommen. Wuchtig wirkt der Sprechchor der jungen Arbeiter.

Genosse Schulz richtet an die Anwesenden eine aufrüttelnde, politisch ernste Ansprache. Als er seine Ausführungen mit den Worten „Es lebe die Kommunistische Partei, es lebe die Revolution, es lebe der Sozialismus" beendet, jetzt ein langanhaltender, begeisterter Beifall ein. Ein Beweis, daß die Anwesenden mit den Zielen der Partei einverstanden sind und sich dieselben zu eigen machen.

Der Aufforderung des Genossen Becker an die Anwesenden, aus ihrer Zustimmung zu den Ausführungen des Genossen Schulz die Konsequenzen zu ziehen, folgten sofort sieben Arbeiter. Vier traten der Partei und drei dem Kommunistischen Jugendverband bei.

Nach weiteren Darbietungen der Gruppe stimmt die Masse begeistert in das Hoch auf die Kommunistische Partei und die Revolution ein und singt stehend die Internationale. Mit einem stürmisch erwiderten „Rot Front" findet die Kundgebung ihr Ende.

Natürlich hatte es sich die Kriminalpolizei und die Schupo nicht nehmen lassen, ebenfalls ihre „Sympathie" für die KPD. zu bezeugen. Die Kriminalpolizei hatte sich im Saale selbst eingefunden und wurde vom Genossen Schulz „begrüßt". Die Schupo in Stärke der bekannten zwölf Mann unter Führung eines Offiziers hatte sich in der wenige Meter entfernt liegenden Wache postiert. Die Genossen und anwesenden Arbeiter brachten allerdings den „Gefühlen" der Polizei gegenüber unserer Partei wenig Verständnis entgegen.

Genossen, sorgt dafür, daß auch die anderen Kundgebungen von den Massen der Arbeiter besucht werden.

LLL.-Kundgebungen

Freitag, dem 7. Februar, in Altwasser, Lokal „Weißes Roß". Kassenöffnung 18,30 Uhr, Anfang 19,30 Uhr.

Sonnabend, 15. Februar, für die Ortsgruppen Hermsdorf und Waldenburg, in Waldenburg, Lokal zum „Edelstein". Kassenöffnung um 18,30 Uhr, Anfang 19,30 Uhr.

Sonntag, 16. Februar, veranstaltet vom Internationalen Bund, in Gottesberg, Lokal „Schützenhaus". Anfang 19 Uhr.

Jungarbeiter fährt zum Oppositionskongreß

Die Jugendbelegschaftsversammlung der Melchiorgrube, in der, wie bereits gemeldet, ein Delegierter zum Oppositionskongreß gewählt wurde, hatte folgenden Verlauf: Nach den Referaten des Betriebsarbeiters B. und der Jungarbeiter, welche Stellung nahmen zu der verräterischen Handlungsweise der Verbandsbürokraten und sagten, daß es gilt, selbst die Geschicke in die Hände zu nehmen und auf dem Boden des Klassenkampfes zu erkämpfen, wurde einstimmig der Jugendkollege S. als Delegierter zu dem Kongreß gewählt. Jungarbeiter aller Gruben, **macht's nach!** Noch sind ein paar Tage bis zum Kongreß.

Der Dorfpolizist

A. K. In welchem Zustande der Dorfpolizist seines Amtes waltet, zeigt folgender Fall: Am Sonnabendnachmittag fuhren etliche Kinder im Alter von 5—8 Jahren die kleine Straßenanhöhe bei Winkler in Nieder-Salzbrunn mit ihren Schlitten herab. Da kam der Polizist W. in anscheinend betrunkenem Zustande die Straße entlang und brüllte die Kinder an. Er belegte sie mit Kraftausdrücken wie „Bälger" und „Ziehhunde". Ob Polizist W. die gemeinen Ausdrücke bei der SPD. lernt, entzieht sich unserer Kenntnis. Zu raten ist ihm jedoch, sich zu mäßigen.

Freiburg

Der Nürnberg-Film. Das Arbeiter-Sportkartell gibt bekannt: In den Tagen vom 7. 2. bis 9. 2. einschließlich läuft im Nationaltheater in Freiburg der Film vom 2. Arbeiter-Turn- und -Sportfest in Nürnberg.

Achtung, Fabrikarbeiter! Donnerstag, den 6. Februar, 17 Uhr, im „Kronprinz", Mitgliederversammlung.

Der Verrat komplett!

Schiedsspruch ohne Lohnerhöhung

In Ergänzung zu dem gestrigen Bericht wird uns mitgeteilt: Am Sonntag tagte die Revierkonferenz der „freien" Gewerkschaften, die zu dem Schiedsspruch im Bergbau Stellung nahm.

Hoffmann berichtete sinngemäß folgendes: Nach ergebnislosen Verhandlungen fällte die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer folgenden Spruch: **Die geltenden Löhne bleiben bis September 1930 bestehen. Der Mindestlohn der Gedingehauer beträgt 6,30 Mark gegenüber 6,03 Mark bisher.** Schachtenschläger werden mit Gruppe B 1 gleichgestellt. Dasselbe gilt für Maschinenwärter mit Seilfahrt. Schlackenfahrer in Kanälen und Kesselreiniger erhalten Arbeitskleidung und einen prozentualen Zuschlag.

Dieser Schiedsspruch befriedigt nicht und wird zur Ablehnung empfohlen. An einer Verbindlichkeitserklärung hätten die Gewerkschaften kein Interesse. An Kampf sei jetzt nicht zu denken; vielmehr sei eine tariflose Zeit erwünscht und man könnte es sich zum Herbst überlegen. Die Erhöhung des Mindestlohnes sei ein großer Erfolg!

In der Aussprache kritisierte als erster Genosse Becker schaut das Verhalten der Führer in dieser „Lohnbewegung", die keine Bewegung war. Durch Ablehnung des Schiedsspruches allein sei niemandem gedient, denn abgelehnt wird er sowieso einstimmig. Hier gilt es andere Wege und Maßnahmen zu beschließen, um wirklich Unternehmer und Staat zu zwingen, eine einigermaßen ausreichende Lohnerhöhung zu gewähren. Deshalb müssen jetzt überall Versammlungen einberufen werden, um sofort den Kampf für unsere Forderungen: 7,50 Mark in der Spitze, zu organisieren, auch dann, wenn Möhle diese Forderungen als „idiotisch" bezeichnet. Wer der Idiot ist, darüber haben die Kumpels ihr Urteil fertig! Die Genossen Stephan und Kleinaban unterstützten diese Ausführungen. Letzterer wies besonders auf die ungeheure Zumutung der Bezirksleitung hin, die einem Abkommen zustimmte, wonach Förderschichten ohne Prozente verfahren werden sollten, wo jetzt, wie bei Fürstenstein, Feierschichten eingelegt worden sind und die Kollegen auf den Halden liegen. Hoffmann und Genossen mußten sich ferner von ihrem Genossen Hertel noch anständige Wahrheiten sagen lassen. Er sagte u. a.:

„Man macht uns Träume vor, um den Glauben zu erhalten. Der Traum und der Glaube sind ja nun zu Ende! Jetzt müssen andere Seiten aufgezogen werden. Wir müssen auch bei verbindlichem Schiedsspruch kämpfen, mindestens aber, in Grubenlumpen gehüllt, protestierend demonstrieren."

Darauf antwortete Möhle: „Das geht nicht!"

Einige Kumpels aber riefen: „Du hast ja keine mehr!"

Nach weiterer Diskussion wurde der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt und Möhle wollte die Konferenz schließen. Die Opposition protestierte entschieden dagegen und verlangte Abstimmung über Streik oder Nichtstreik. Daraufhin erklärte der Nichtidiot Möhle: „Der Antrag kann nicht zur Urabstimmung kommen, weil er nicht schriftlich eingereicht war. Damit war die Konferenz zu Ende und die Sache für die Bürokraten erledigt.

— Aber nicht für die Kumpel!

Niederschlesien

Görlitz

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier

Am Freitag veranstaltet die Partei im Konzerthause wieder eine LLL.-Feier. Das Programm ist als erstklassig zu bezeichnen, u. a. wird ein Theaterstück in drei Akten aus der Rätezeit, betitelt „Die Rote Fahne" aufgeführt. Der Vorverkauf hat bereits stark eingesetzt, und ersuchen wir alle Genossen und Sympathisierenden, sich rechtzeitig mit Einlaßkarten zu versehen. Solche sind bei allen Funktionären und Mitgliedern sowie in der Geschäftsstelle der „Arbeiter-Zeitung", Lunitz 6, zu haben. Agitiert für einen Massenbesuch.

Sagan

Die Sozialfaschisten hetzen gegen den Oppositionskongreß

A. K. Die treuen Republikaner haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Erwerbslosen vom Kampf abzuhalten. Zu diesem Zweck fand am Montag voriger Woche eine von der SPD., Ortsgruppe Buchwald, einberufene Erwerbslosenversammlung statt, in der Ordnungshüter Zwick als Spruchausschußbeisitzer von Sagan sprach. Am Donnerstag bestürmten uns die Kollegen von Buchwald und teilten mit, daß dieser Demagoge eine Hetze gegen die Beschickung des Kongresses der Gewerkschaftsopposition inszenierte. Die Buchwalder Kollegen bezeichneten diesen Bremser als Feigling und erklärten, daß Zwick allerhand Mist verzapft habe. Sie werden ihm ein nächstes Mal die Antwort erteilen, falls er es wagen sollte, wiederum zu kommen. Auch ist er einer derjenigen, der als Beisitzer im Spruchausschuß dafür sorgt, daß bei der Beratung von Einsprüchen diese abgelehnt werden, so daß die betroffenen Personen wegen einstimmig gefaßten Beschlüssen kein Einspruchsrecht beim Landesarbeitsamt haben. Das nennt sich „Arbeitervertreter". In dieser Sorte gehört auch der Kreisleiter Arlt, Sprottau, der den Landarbeitern etwas vorgaukelt, und sie dann durch Ablehnen verhöhnt.

Der Erwerbslosen-Ausschuß erteilt jeden Montag Auskunft bei Geppert, Brüderstraße 15.

Sprottau

Das nennt sich Pädagoge

A. K. In Mallmitz gibt es einen Schuldirektor mit Namen Gebauer. Dieser ging am 25. Januar abends ans Kino vorbei. Dort begegnete er dem Gerhard Schröter. Die Hände in den Taschen grüßte Schröter. Dieser Gruß genügte dem Herrn Schuldirektor nicht. Er ging auf Schröter zu und verlangte „Die Hände aus den Taschen!" Als Schröter diesem Befehl nicht Folge leistete, schlug ihm dieser schneidige „Pädagoge" ins Gesicht. Kommentar überflüssig!

Bunzlau

Um den Gemeindevorsteher von Steinkirchen

A. K. Es ist in der nahen Gemeinde Steinkirchen ein Gemeindevorsteher namens Kasper. Wenn ein Einwohner, der anderer politischer Ansicht ist, mit einem Anliegen zu ihm kommt, ist er nicht zu finden. Trifft es aber mal zufällig, daß er zu Hause ist, wird solch ein Einwohner in der denkbar „liebenswürdigsten" Art und Weise abgefertigt. Ausdrücke für die KPD. wie „Bande", „Verbrecherbande" usw. sind bei ihm bei solcher Abfertigung geläufig. Unter anderem leistete sich erwähnter K. ein „nettes" Stückchen in der letzten Gemeindevertretersitzung, in der die SPD. die Mehrheit hat. Ein ausgesteuerter Erwerbsloser hatte Unterstützung beantragt. Derselbe Gemeindevorsteher hat gegen den Antrag gesprochen, so daß er mit der Begründung abgelehnt wurde, daß der Antragsteller „Arbeitsannahme verweigert" habe, und vieles andere mehr. Der Antragsteller hatte die Arbeit mit folgender Begründung verweigert: Zum ersten hatte er sich selbst die Arbeit beschafft, und zweitens, als er die Arbeit antreten sollte, sollte er unter dem Bauarbeiter-Tariflohn arbeiten, für 57 Pfennig die Stunde.

Proletarier von Steinkirchen, für bedürftige ausgesteuerte Erwerbslose ist kein Geld da; aber wie war es im vorigen Jahr, wo angeblich der erwähnte Gemeindevorsteher vier Tage mit 500 Mark auf Reisen war, wobei die 500 Mark gestohlen worden sein sollten. (?)

Bunzlau

Haftentlassung im Mordfall Schöpke. Der Arbeiter Kettner, der zusammen mit dem Arbeiter Grünther im Verdacht stand, den Mord an dem Landwirt Schöpke in Klein-Küpper verübt zu haben, wurde jetzt aus dem Glogauer Untersuchungsgefängnis entlassen. Die Entscheidung, ob gegen Grünther Anklage erhoben werden wird, soll demnächst fallen. Allem Anschein nach scheint dieser Raubmord aber auch in die Reihe der unaufgeklärten Morde zu kommen.

Glogau

Der Attendorfer Mörder gesteht weiter!

Am Montag nachmittag wurde der Attendorfer Lustmörder Babior zu einem Lokaltermin in das Mordhaus in Attendorf überführt. Angesichts der aufgebahrten Leiche seiner von ihm ermordeten 15jährigen Nichte verlor er für kurze Zeit seine stoische Ruhe und zeigte eine gewisse Erregung. Nach kurzer Zeit konnte er jedoch eine ausführliche Darstellung der Mordtat geben. Er gestand, sich an dem Mädchen unsittlich vergangen zu haben, worauf ihm dieses gedroht habe, es werde dem Vater bei seiner Rückkehr alles erzählen. Nun will der Mörder Angst bekommen und das Mädchen mit der Axt von vorne niedergeschlagen haben. Als das Mädchen zu Boden gestürzt sei, habe er noch zweimal wuchtig auf sie eingeschlagen.

Liegnitzer Textilarbeiter rebellieren

Gegen die hohen Gehälter der Verbandsangestellten — Gegen die Verletzung der Verbandsdemokratie

A. K. Die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Textilarbeiterverbandes fand vergangene Woche statt. Von 1500 Mitgliedern waren zirka 130 erschienen. Nach der Protokollverlesung gab der Geschäftsführer Schutzmann die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. In anschließenden Worten sagte er, daß Kritisieren gut ist, aber diese muß „im Sinne der Gewerkschaft" sein. Er meint damit die sozialdemokratische Filzlatschenpolitik. Auch behauptete er, daß durch das Schlichtungswesen (lies: -schwindel) der wirtschaftliche Frieden hergestellt ist. Ferner sagte er: „Der Abschluß der Lohnverhandlung ist nicht befriedigend, jedoch nicht zu verachten, wenn man andere Abschlüsse sieht". (!) Kollege Hermann von der Opposition stellte die Anfrage, **warum die der Bauhütte gegebenen 1000 Mark nicht im Kassenbericht erwähnt sind. Die Antwort darauf war, daß das Geld derselben unverzinslich geliehen ist und noch nicht zurückgegeben wurde. Kollege Hielscher (Opposition) fragte, warum nicht, wie in anderen Gewerkschaften, der Jahresbericht den Mitgliedern schriftlich zugestellt wird. Er wies unter Zustimmung der Kollegen nach, daß er in den letzten Jahren von einer Lohnerhöhung nichts gemerkt hat. Er bekam darauf die Antwort eines Demagogen, daß er wohl schon früher viel verdient haben muß, wenn er von einer Lohnaufbesserung nichts merkt. Kollege Schlolaut (Jungsoz.) forderte die Kollegen auf, sich gegen die Praxis, die im letzten Lohnkampf angewandt wurde, zu wahren. Man wurde damals vor vollendete Tatsachen gestellt. Auch zeigte er an einem Beispiel, wie die Demokratie im Verband mit Füßen getreten wird. Die Mitglieder stellen Anträge und die Bonzen setzten sich darüber hinweg. Diese sehr sachlich vorgetragenen Argumente glaubte Herr Schutzmann mit dem Hinweis auf das Alter des jungen Kollegen abzuschwächen. Wir sind diese Art „Rechtfertigung" gewöhnt und erwarten von diesen Leuten nichts anderes. Die Vorstandsanträge brachten ziemlich dasselbe. Frau Hörer wurde wiedergewählt, weil sie in der Zeit, „als wir die Ehre hatten, ins Feld zu ziehen, den Laden in Liegnitz geschmissen" hat. Den Satz von der „Ehre" sagte Schutzmann wörtlich. Die unter dem Punkt „Verschiedenes" geführte Diskussion wird wohl Schutzmann gezeigt haben, daß die Geduld der Proleten einmal zu Ende gehen wird. Auf Anfrage gab er zu, daß er Gehalt für 13 Monate erhält. Während er seine Tätigkeit bei der Krankenkasse immer als „ehrenamtlich" bezeichnet, mußte er zugeben, daß ihm dieses „Ehrenamt" die „kleine" Entschädigung von 120 Mark monatlich einbringt. Sehr richtig waren die Ausführungen der Diskussionsredner, daß Arbeiterführer mit solchen Gehältern nicht mehr am Kampf der Arbeiter interessiert sind.

Die auf dem Nachhausewege und im Betriebe geführte Diskussion zeigt uns, daß die Opposition auf dem richtigen Wege ist. Proleten, kommt mehr in die Versammlung und unterstützt den Kampf gegen die Sozialfaschisten. Durch Beitragszahlen allein erfreut ihr die Bonzen und ihr Häuflein Anhänger. Kampf mit der Opposition ist die Losung!

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Louis Wendriner
Destillation
Gleiwitz OS., Klosterstraße 33
☆
Verkehrslokal aller Arbeiter